

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 5. November 2012
sj.f(2012)1512004

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN UND DIE MITGLIEDER
DES GERICHTS DER EUROPÄISCHEN UNION**

GEGENERWIDERUNG

der **KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN UNION** vertreten durch ihre Bevollmächtigten [REDACTED], Mitglieder ihres Juristischen Dienstes, im Beistand von Rechtsanwalt [REDACTED], Saarbrücken/Brüssel, und Rechtsanwalt [REDACTED], Frankfurt a.M./Brüssel, Zustellungsbevollmächtigter: [REDACTED], gleichfalls Mitglied ihres Juristischen Dienstes, Gebäude BECH, L-2721 Luxemburg - der Zustellung aller Verfahrensschriftstücke über e-Curia wird zugestimmt,

- Beklagte -

in der Rechtssache T-188/12

eingereicht durch

Herrn Patrick BREYER, [REDACTED], vertreten durch Rechtsanwalt Meinhard STAROSTIK, Schillstraße 9, D-10785 Berlin,

- Kläger -

wegen Nichtigerklärung der mit Beschluss der Beklagten vom 16.03.2012 getroffenen Entscheidung, dem Kläger keinen Zugang zu dem Rechtsgutachten Arcs(2012)313186 zu gewähren sowie wegen Nichtigerklärung der mit Beschluss der Beklagten vom 03.04.2012 getroffenen Entscheidung, dem Kläger Zugang zu den bei der Beklagten vorhandenen Abschriften der Schriftsätze der Republik Österreich betreffend das Verfahren C-189/09 zu versagen.

Die Beklagte beehrt sich, zur Erwiderung wie folgt Stellung zu nehmen:

A. NICHT AUTORISIERTE VERÖFFENTLICHUNG DER KLAGESCHRIFT UND KLAGEBEANTWORTUNG AUF INTERNETSEITE DES KLÄGERS

1. Wie die Kommission dem Gericht bereits mit Schreiben vom 11.10.2012 mitgeteilt hat, hat der Kläger seine Klageschrift und die Klagebeantwortung der Europäischen Kommission auf einer Internetseite (www.patrick-breyer.de) veröffentlicht. Die Veröffentlichung des Schriftsatzes der Kommission erfolgte am 11.09.2012 ohne deren Zustimmung. Der Kläger machte lediglich die Namen der Bevollmächtigten der Kommission und ihrer Rechtsbeistände unkenntlich. Mit demselben Blogeintrag veröffentlichte der Kläger auch seine Klageschrift (**Anlage D1**).
2. Die Kommission forderte den Kläger mit Schreiben vom 11.10.2012 auf, diese beiden Verfahrensschriftsätze zu entfernen und wies den Kläger darauf hin, dass nach ihrer Ansicht die Veröffentlichung der Schriftsätze in einem laufenden Gerichtsverfahren nach der Rechtsprechung der Unionsgerichte einen Verstoß gegen die Grundsätze der Waffengleichheit und der geordneten Rechtspflege darstellt (**Anlage D2**).
3. Der Kläger hat dies mit Schreiben vom 15.10.2012 abgelehnt (**Anlage D3**).
4. Am 12.10.2012 veröffentlichte der Kläger auch das Schreiben der Kommission vom 11.10.2012 auf der Internetseite und kam der Aufforderung, die Verfahrensschriftsätze zu entfernen, nicht nach (**Anlage D4**). Der Kläger veröffentlichte diesen zweiten Blogeintrag unter der Überschrift „*EU-Kommission will Internetveröffentlichung von Schriftsätzen zur Vorratsdatenspeicherung unterbinden*“ und kommentierte das Schreiben der Kommission. Der Kläger veröffentlichte zugleich auch seine Antwort an die Kommission, welche der Beklagten am 15.10.2012 zugeing.
5. Nach Auffassung der Kommission verstößt der Kläger mit der Veröffentlichung der Verfahrensdokumente in einem laufenden Gerichtsverfahren gegen den Grundsatz der Waffengleichheit und den Grundsatz der geordneten Rechtspflege. Die Kommission verweist hierzu insbesondere auf die Rechtssache API (Urteil des Gerichtshofs vom 21.09.2010 in den verbundenen Rechtssachen C-514/07 P, C-528/07 P und C-532/07 P, Königreich Schweden und Association de la presse internationale ASBL (API) gg.

Kommission, Slg. 2010, I-08533, Rn. 76 ff., 93, 100) und die Rechtssache T-174/95 (Urteil des Gerichts vom 17.06.1998 in der Rechtssache T-174/95, Svenska Journalistförbundet gg. Rat, Slg. 1998, II-2289, R. 135 ff.).

6. Zudem ist die vom Kläger gewählte Überschrift „*EU-Kommission will Internetveröffentlichung von Schriftsätzen zur Vorratsdatenspeicherung unterbinden*“ im zweiten Blogeintrag irreführend, da die Kommission den Kläger lediglich dazu aufgefordert hat, die Verfahrensschriftsätze von der Internetseite zu entfernen. Diese Schriftsätze beziehen sich auf ein Zugangsersuchen nach der VO (EG) 1049/2001, nicht jedoch auf Fragen der Vorratsdatenspeicherung.

B. ERLEDIGUNG DER KLAGEGRÜNDE BETREFFEND ZUGANG ZU RECHTSGUTACHTEN

7. Der Kläger geht in seiner Erwiderung nicht auf die Erledigungserklärung der Kommission (Klagebeantwortung, Rn. 10) in Bezug auf den ersten Klageantrag, das Zugangsersuchen betreffend die mit Beschluss der Beklagten vom 16.03.2012 getroffene Entscheidung, dem Kläger keinen Zugang zu dem Rechtsgutachten Ares(2012)313186 zu gewähren, ein. Die Kommission geht deshalb davon aus, dass der Kläger diese Rechtsansicht teilt und sich der erste Klagegrund mithin erledigt hat.

C. RECHTLICHE WÜRDIGUNG

8. Einleitend erlaubt sich die Beklagte den Hinweis, dass die Ausführungen des Klägers in der Erwiderung sehr knapp und zum Teil unspezifisch sind. So verweist der Kläger in Rn. 12 der Erwiderung pauschal auf die Entscheidung des Gerichts in der Rechtssache T-59/09, ohne zu bezeichnen, welche Fundstelle sein Vorbringen stützen würde. In Rn. 11 verweist der Kläger pauschal auf die „*Rs. APF*“. Auch in Rn. 4 verweist der Kläger pauschal auf die „*Rechtssache T-36/04*“. Zudem scheint der Kläger an mehreren Stellen Gericht und Gerichtshof miteinander zu verwechseln. So führt der Kläger zum Beispiel in Rn. 4 aus, dass der „*Gerichtshof*“ in der „*Rechtssache T-36/04*“ Ausführungen zur Offenlegung von Schriftsätzen gemacht habe.

I. Vorbringen des Klägers in der Erwiderung

9. Die Ausführungen des Klägers in der Erwiderung betreffen im Wesentlichen vier Argumente. Der Kläger ist (1) der Auffassung, dass Art. 15 Abs. 3 AEUV für die Anwendung der VO (EG) 1049/2001 nicht relevant („*unerheblich*“) sei. Die Verordnung könne nämlich ein weitergehendes Zugangsrecht zu Dokumenten der Unionsorgane vorsehen; Art. 15 Abs. 3 AEUV würde lediglich einen „*Mindestschutzstandard*“ normieren (Erwiderung, Rn. 1). Zudem würde eine Veröffentlichung der streitgegenständlichen Dokumente den durch Art. 15 Abs. 3 AEUV bezweckten Schutz der rechtsprechenden Tätigkeit des Gerichtshofs ohnehin nicht beeinträchtigen (Erwiderung, Rn. 4).
10. Der Kläger vertritt (2) die Auffassung, dass es sich bei den von einem Mitgliedsstaat erstellten Verfahrensschriftsätzen, die an den Gerichtshof übersandt werden, nicht um Dokumente des Gerichtshofs handelt (Erwiderung, Rn. 3). Der Kläger sagt damit inzident auch, dass es sich bei Abschriften dieser Dokumente, die durch den Gerichtshof an die Kommission geschickt werden, ebenfalls nicht um Dokumente des Gerichtshofs handelt. Der Kläger vertritt deshalb die Auffassung, dass die streitgegenständlichen Dokumente in den Anwendungsbereich der VO (EG) 1049/2001 fallen, da es sich um Dokumente i.S.d. Art. 3 lit. a i.V.m. Art. 2 Abs. 3 der Verordnung handelt (Erwiderung, Rn. 13, 15).
11. Der Kläger ist (3) der Auffassung, dass eine mögliche Pflicht der Kommission, Abschriften von Schriftsätzen von Mitgliedsstaaten, welche sie durch den Gerichtshof erhalten hat, Dritten zur Verfügung zu stellen, nicht zu einer Aushebelung der speziellen Zugangsregeln zu Dokumenten des Gerichtshofs (Klagebeantwortung, Rn. 27 ff.) führen würde (Erwiderung, Rn. 6 ff.). Der Kläger scheint dabei auch bestreiten zu wollen, dass die Regeln in der Verfahrensordnung des Gerichtshofs (Art. 16 Abs. 5) kein Zugangsrecht für Dritte vorsehen (Erwiderung, Rn. 9). In diesem Zusammenhang scheint der Kläger auch zu behaupten, dass ein Mitgliedsstaat als Prozesspartei durch die Zugänglichmachung der streitgegenständlichen Dokumente durch die Kommission nicht in seiner Verfügungsgewalt über seine Schriftsätze beeinträchtigt würde, da die VO (EG) 1049/2001 insoweit eine „*Entscheidung einer Prozesspartei*“ darstelle, die Schriftsätze Dritten auf Anfrage zugänglich zu machen (Erwiderung, Rn. 8).

12. Der Kläger nimmt schließlich (4) noch Bezug auf die Ausführungen der Kommission zur Argumentation des Gerichtshofs (Rs. API, Rn. 87) zum Grundsatz der Waffengleichheit und des Gerichts (Rs. T-36/04, Rn. 88) zur freiwilligen Herausgabe eigener Schriftsätze (Erwiderung, Rn. 16-18).

II. Keine Anwendung der VO (EG) 1049/2001 auf durch Gerichtshof übermittelte Schriftsätze von Mitgliedsstaaten

1. Vorrang des Primärrechts – keine weitergehenden Zugangsrechte

13. In der Erwiderung behauptet der Kläger, dass die in Art. 15 Abs. 3 AEUV geregelten Grenzen des Informationszugangsrechts „*von vornherein unerheblich*“ seien, da die VO (EG) 1049/2001 einen weiter reichenden Informationszugang als Art. 15 Abs. 3 AEUV vorsehe. Die primärrechtliche Norm stelle nur einen „*Mindestschutzstandard*“ dar (Erwiderung, Rn. 1). Zudem sei es nicht ausgeschlossen, dass selbst wenn die Rechtsprechungstätigkeit als solche vom Anwendungsbereich der VO (EG) 1049/2001 ausgenommen sei, die VO (EG) 1049/2001 dennoch ein Recht auf Zugang zu den an die Kommission übersandten Schriftsätzen eines Mitgliedsstaats vorsehen könne (Erwiderung, Rn. 10).
14. Der Kläger offenbart damit ein fehlerhaftes Verständnis des Verhältnisses von EU-Primärrecht zu EU-Sekundärrecht. Art. 15 Abs. 3 AEUV geht als Vorschrift des Primärrechts der VO (EG) 1049/2001 vor. Art. 15 Abs. 3 AEUV nimmt Dokumente des Gerichtshofs der Europäischen Union ausdrücklich vom Recht auf Zugang zu Dokumenten aus, es sei denn, es handelt sich um Dokumente des Gerichtshofs, die Verwaltungsaufgaben betreffen.
15. Art. 15 Abs. 3 AEUV ist an die Stelle des früheren Art. 255 EG getreten, der die Rechtsgrundlage für den Erlass der VO (EG) 1049/2001 bildete. Aus dem Wortlaut des Art. 255 EG ging ebenfalls hervor, dass Dokumente des Gerichtshofs nicht dem Recht auf Zugang zu Dokumenten unterliegen. Der Gerichtshof hat dies in der Rechtssache API ausdrücklich anerkannt (Urteil des Gerichtshofs vom 21.09.2010 in den verbundenen Rechtssachen C-514/07 P, C-528/07 P und C-532/07 P, Königreich Schweden und Association de la presse internationale ASBL (API) gg. Kommission, Slg. 2010, I-08533, Rn. 80 ff).

16. Daraus folgt, dass die VO (EG) 1049/2001 als Sekundärrecht den primärrechtlichen Vorgaben zu folgen und die primärrechtlich vorgesehenen Grenzen und Ausnahmen für den Zugang zu Dokumenten der Organe der Union umzusetzen hat. Entgegen der Auffassung des Klägers (Erwiderung, Rn. 1) kann die VO (EG) 1049/2001 deshalb keine weitergehenden Zugangsrechte gewähren, die über die primärrechtlichen Vorgaben hinausgingen. Entgegen dem Kläger hat sich der Verordnungsgeber bei der Ausgestaltung der VO (EG) 1049/2001 an diese Vorgaben gehalten und Dokumente des Gerichtshofs vom Anwendungsbereich der Verordnung ausgenommen. Jede Auslegung der VO (EG) 1049/2001 zu Fragen, die nicht ausdrücklich durch den Wortlaut der Verordnung beantwortet werden, muss unter Berücksichtigung und im Einklang mit den primärrechtlichen Vorgaben stattfinden. Es ist unzutreffend wenn der Kläger behauptet, dass die VO (EG) 1049/2001 ein weitergehendes Zugangsrecht als Art. 15 Abs. 3 AEUV vorsehen könne. Die Ansicht des Klägers, dass Grundsätze wie Transparenz und Demokratieprinzip hier eine Erweiterung des Anwendungsbereichs der VO (EG) 1049/2001 vorsehen, muss ebenfalls zurückgewiesen werden (Erwiderung, Rn. 14).
17. Entgegen der Auffassung des Klägers kann es dahinstehen, ob es durch die Veröffentlichung der streitgegenständlichen Dokumente tatsächlich zu einer Beeinträchtigung des Schutzes der rechtsprechenden Tätigkeit kommen würde (Erwiderung, Rn. 4, 5). Diese Frage würde sich nur stellen, wenn vorliegend der Anwendungsbereich der VO (EG) 1049/2001 eröffnet wäre. Dies ist nicht der Fall, da es sich bei den streitgegenständlichen Abschriften der Schriftsätze der Republik Österreich um Dokumente der Rechtsprechung handelt und diese gemäß Art. 15 Abs. 3 AEUV vom Recht auf Zugang zu Dokumenten nach der VO (EG) 1049/2001 ausgenommen sind (siehe oben, Rn. 14). Der Kläger verweist in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen des Gerichts in der Rechtssache T-36/04 (Rn. 88) (Erwiderung, Rn. 4), verkennt aber dabei, dass diese Ausführungen durch den Gerichtshof in der Rechtssache API aufgehoben wurden (siehe oben, Rn. 5).

2. Kein Zugang zu Dokumenten des Gerichtshofs / Dokumenten der Rechtsprechung

18. Die Kritik des Klägers an dem Begriff „*Dokumente der Rechtsprechung*“ geht ins Leere. Der Kläger erkennt an, dass Art. 15 Abs. 3 AEUV Dokumente des Gerichtshofs vom Zugangsrecht ausnimmt, meint aber, dass der Begriff „*Dokumente der Rechtsprechung*“ unzulässig sei (Erwiderung, Rn. 2). Inhaltlich gibt es zwischen beiden Formulierungen

keinen Unterschied, denn mit „*Rechtsprechung*“ ist ausschließlich die Rechtsprechung der Unionsgerichte, d.h. des Gerichtshofs und des Gerichts, gemeint. Der Gerichtshof hat zudem in der Rechtssache API (Rn. 101) den Begriff der „*Verfahrensunterlagen*“ verwendet („...*sehen die Verfahrensregelungen der Unionsgerichte kein Recht Dritter auf Zugang zu den von den Verfahrensbeteiligten bei der Kanzlei eingereichten Verfahrensunterlagen vor*“). Auch der Begriff der Verfahrensunterlagen taucht in Art. 15 Abs. 3 AEUV und der VO (EG) 1049/2001 nicht auf. Dennoch begegnet die Verwendung dieses Begriffs keinen Bedenken. Die Begriffe „*Dokumente der Rechtsprechung*“ und „*Verfahrensunterlagen*“ sind sogar präziser als der Begriff „*Dokumente des Gerichtshofs*“, da bei diesem Begriff für die Anwendung der VO (EG) 1049/2001 zwischen Dokumenten des Gerichtshofs, die sich auf die rechtsprechende Tätigkeit beziehen, und solchen, die sich auf die Verwaltungstätigkeit des Gerichtshofs beziehen, zu unterscheiden ist. Dies ist bei den beiden anderen Begriffen nicht der Fall.

19. Sowohl Art. 15 Abs. 3 AEUV als auch die VO (EG) 1049/2001 nehmen Dokumente der Rechtsprechung bzw. des Gerichtshofs vom Recht auf Zugang zu Dokumenten aus, es sei denn, dass diese Dokumente die Verwaltungstätigkeit des Gerichtshofs betreffen. Dies erkennt auch der Kläger im Prinzip an (Erwiderung, Rn. 2). Der Kläger vertritt aber weiterhin die Auffassung, dass es sich bei den durch einen Mitgliedstaat an die Unionsgerichte übersandten Schriftsätzen, die dann an die Kommission weitergeleitet werden, nicht um Dokumente des Gerichtshofs bzw. um Dokumente der Rechtsprechung handelt (Erwiderung, Rn. 3).
20. Die Kommission bekräftigt ihre Auffassung, dass es sich bei den streitgegenständlichen Abschriften der Schriftsätze der Republik Österreich um Dokumente des Gerichtshofs handelt und sie demnach wegen Art. 15 Abs. 3 AEUV nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) 1049/2001 fallen (Klagebeantwortung, Rn. 20, 22, 24). Die Kommission hat auch bereits auf die Ausführungen des Gerichtshofs in der Rechtssache API hingewiesen, wonach die in einem Gerichtsverfahren eingereichten Schriftsätze in den Bereich der Rechtsprechungstätigkeit fallen (Klagebeantwortung Rn. 21). Wie die Kommission in der Klagebeantwortung (Rn. 42) dargelegt hat, wird dies auch durch die Vorarbeiten zu der VO (EG) 1049/2001 bestätigt.

21. Würde man der Auffassung des Klägers folgen, dann verbliebe für die Privilegierung von Dokumenten des Gerichtshofs bzw. Dokumenten der Rechtsprechung kein Anwendungsbereich. Denn es gäbe dann nur ohnehin öffentlich zugängliche Dokumente (wie zum Beispiel Urteile), die Schriftsätze der Prozessparteien und ihre Abschriften (die dann keine Dokumente des Gerichtshofs wären) und schließlich Dokumente des Gerichtshofs, die die Verwaltungstätigkeit betreffen und deshalb bereits nicht durch die Ausnahme des Art. 15 Abs. 3 AEUV erfasst würden. Die primärrechtliche Privilegierung von Dokumenten des Gerichtshofs und der damit bezweckte Schutz der Rechtsprechung liefen damit leer. Dies wäre mit den primärrechtlichen Vorgaben und dem System der Zugangsvorschriften zu Dokumenten nicht zu vereinbaren (siehe auch Gerichtshof in Rs. API, Rn. 79).
22. Der Kläger scheint auch davon auszugehen, dass bei Betrachtung der speziellen Zugangsregeln in der Satzung des Gerichtshofs und in den Vorschriften zum Verfahren vor den Unionsgerichten, der Kläger nimmt Bezug auf Art. 16 Abs. 5 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs (Erwiderung, Rn. 9), nicht ausgeschlossen sei, dass Dritte ein Recht auf Zugang zu Abschriften haben könnten. Obwohl der Kläger an dieser Stelle auch auf die Feststellungen des Gerichtshofs (in der Rechtssache API) eingeht, *„dass weder die Satzung des Gerichtshofs noch die Verfahrensordnungen ein Recht auf Zugang zu den beim Gerichtshof im Rahmen von Gerichtsverfahren eingereichten Schriftsätzen vorsehen“* und dass die *„Rechtsprechungstätigkeit als solche vom Anwendungsbereich der Verordnung ausgenommen“* sei, behauptet der Kläger, dass es dennoch nicht ausgeschlossen werden könne, dass die VO (EG) 1049/2001 dennoch ein Recht auf Zugang zu den der Kommission übersandten Schriftsätzen vorsehen könne (Erwiderung, Rn. 10).
23. Der Kläger setzt sich damit in Widerspruch zu der Rechtsprechung des Gerichtshofs, auf die er selbst Bezug nimmt, und den Zugangsvorschriften, die den Zugang zu Dokumenten des Gerichtshofs bzw. der Rechtsprechung regeln. Die Kommission hat dazu bereits Ausführungen gemacht (Klagebeantwortung, Rn. 26 ff.). Insbesondere aus Art. 5 Abs. 8 der Dienstanweisung für den Kanzler des Gerichts wird deutlich, dass die Verfügungsgewalt der Parteien über die Verfahrensschriftstücke zu schützen ist und ein Zugang Dritter zu diesen Dokumenten, selbst wenn die Rechtssache nicht mehr anhängig ist, nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist. Wenn der Kläger behauptet, dass es an-

gesichts der Klarheit dieser Vorschriften nicht ausgeschlossen sei, dass Dritte dennoch ein Recht auf Zugang zu Abschriften haben könnten, dann ist dies eine unsubstantiierte Behauptung, welche den Anforderungen an die Darlegungs- und Beweislast des Klägers nicht genügt.

24. Da die streitgegenständlichen Abschriften der Schriftsätze der Republik Österreich als Dokumente des Gerichtshofs bzw. Dokumente der Rechtsprechung primärrechtlich vom Anwendungsbereich der VO (EG) 1049/2001 ausgenommen sind, können sie, anders als der Kläger annimmt (Erwiderung, Rn. 15), auch sekundärrechtlich keine Dokumente der Kommission i.S.d. Art. 3 lit. a i.V.m. Art. 2 Abs. 3 der VO (EG) 1049/2001 darstellen. Denn wie die Beklagte bereits ausgeführt hat, handelt es sich bei diesen Dokumenten nicht um Dokumente aus dem Bereich der Verwaltungstätigkeit und damit Zuständigkeit der Kommission (Klagebeantwortung, Rn. 37 ff.).
25. Der Kläger nimmt auch Bezug auf die der VO (EG) 1049/2001 zugrundeliegende Prinzipien („*Legitimität, Effizienz, Verantwortung der Verwaltung*“) (Erwiderung, Rn. 14). Dies ist ein unsubstanziierter Vortrag, da sich mit diesen Grundprinzipien der Zugang zu jedem Dokument rechtfertigen ließe. Dies ist aber in der Realität nicht der Fall, was schon die zahlreichen Ausnahmen in der VO (EG) 1049/2001 zeigen. Wenn der Kläger auf Vertragsverletzungsverfahren verweist, unterlässt er den Hinweis darauf, dass es in der Rechtsprechung der Unionsgerichte anerkannt ist, dass Dritte in der Regel keine Zugangsrechte zu Dokumenten aus einem laufenden Vertragsverletzungsverfahren haben.
26. Zusammenfassend handelt es sich demnach bei den streitgegenständlichen Dokumenten um Dokumente des Gerichtshofs, die nicht in den Anwendungsbereich der VO (EG) 1049/2001 fallen und auch keine Dokumente i.S.d. Art. 3 lit. i.V.m. Art. 2 Abs. 3 der Verordnung darstellen.

III. Aushebelung spezieller Zugangsregeln durch Zugang zu den durch den Gerichtshof übermittelten Abschriften von Schriftsätzen der Mitgliedsstaaten

27. Der Kläger nimmt Bezug auf die von der Kommission erwähnten speziellen Regeln für den Zugang zu Dokumenten der Rechtsprechung (Klagebeantwortung, Rn. 26 ff.) und ist der Auffassung, dass die speziellen Zugangsregeln in der Verfahrensordnung der Unionsgerichte einen Zugang zu Schriftsätzen eines Mitgliedsstaates, die durch den Gerichtshof an die Kommission übermittelt werden, nicht entgegenstünden (Erwiderung,

Rn. 6). Der Kläger behauptet im Ergebnis, dass man es akzeptieren müsse, dass die Regeln über den Zugang zu Dokumenten der Kommission zu einer kompletten Aushöhlung von anderen Zugangsregeln führen könnten, da dies auch vom Verordnungsgeber so gewollt sei (Erwiderung, Rn. 6). Der Kläger ist auch der Auffassung, dass es trotz der entgegenstehenden speziellen Zugangsregeln nicht auszuschließen sei, dass die VO (EG) 1049/2001 ein Recht auf Zugang zu den streitgegenständlichen Schriftsätzen vorsehe (Erwiderung, Rn. 9, 10).

28. Die Kommission hat bereits dargelegt, dass die speziellen Regeln für den Zugang zu Dokumenten des Gerichtshofs eindeutig sind und ein Zugang Dritter nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist (siehe oben, Rn. 23).
29. Die Kommission bekräftigt ihren Standpunkt, dass der Zugang zu durch den Gerichtshof übermittelten Schriftsätzen von Mitgliedsstaaten alle speziellen Regeln für den Zugang zu Dokumenten der Rechtsprechung aushebeln und leerlaufen lassen würde (Klagebeantwortung, Rn. 26 ff.). Das vom Kläger gewünschte Ergebnis wäre nicht mit den primärrechtlichen Vorgaben des Art. 15 Abs. 3 AEUV vereinbar, würde die Prozessparteien der Verfügungsgewalt über Verfahrensschriftsätze berauben und auch Entscheidungskompetenzen der Unionsgerichte im Hinblick auf den Zugang zu Gerichtsdokumenten irrelevant machen, da über die VO (EG) 1049/2001 stets Zugang zu allen Gerichtsdokumenten erlangt werden könnte, zu denen die Kommission direkt oder indirekt Zugang erhalten hat.
30. Wenn der Kläger behauptet, dass sich der Verordnungsgeber bewusst für ein weiter reichendes Zugangsrecht zu Dokumenten im Besitz der Kommission im Vergleich zu Dokumenten im Besitz des Gerichtshofs entschieden habe (Erwiderung, Rn. 6), unterstellt er dem Verordnungsgeber, dass er sich über die selbst gesetzten primärrechtlichen Vorgaben hinwegsetzen wollte und durch die VO (EG) 1049/2001 mit einem Federstrich faktisch alle sonstigen Zugangsregeln abschaffen wollte. Dafür gibt es keine Anhaltspunkte.
31. Der Kläger verkennt, dass die VO (EG) 1049/2001 einerseits den primärrechtlichen Vorgaben des Art. 15 Abs. 3 AEUV entsprechen muss und dies auch tut, sich andererseits aber auch in die Systematik anderer Zugangsregeln und Wertentscheidungen des Unionsrechts einzufügen hat. Ein grenzenloser Zugang zu allen Dokumenten, die der

Kommission auf welche Weise auch immer zugehen, so wie vom Kläger suggeriert, sieht auch die VO (EG) 1049/2001 nicht vor, was sich schon an den zahlreichen Ausnahmen für den Zugang zu Dokumenten, die in der Verordnung selbst angelegt sind (Art. 4 Abs. 1 und 2), sowie der Notwendigkeit des Ausgleichs bzw. praktischen Konkordanz mit anderen Regelungsmaterien (z.B. des Datenschutzes) zeigt.

32. Wenn die VO (EG) 1049/2001 auch auf Schriftsätze eines Mitgliedsstaates oder deren Abschriften Anwendung fände, würden alle anderen Zugangsregeln irrelevant, so dass der Zugang zu Dokumenten zukünftig nur noch über die VO (EG) 1049/2001 erfolgen würde. Dies kann kein Ergebnis sein, das den Interessen der Verfahrensbeteiligten und auch des Gesetzgebers Rechnung tragen würde. Wie die Kommission bereits ausgeführt hat, hat der Gerichtshof in der Rechtssache API festgestellt, dass weder die Satzung des Gerichtshofs noch die Verfahrensordnungen ein Recht auf Zugang zu den beim Gerichtshof im Rahmen von Gerichtsverfahren eingereichten Schriftsätzen vorsehen (Klagebeantwortung, Rn. 30). Die vom Kläger suggerierte Erweiterung des Anwendungsbereichs auf Dokumente des Gerichtshofs ist mit dieser Rechtsprechung nicht zu vereinbaren.
33. Der Kläger scheint auf diese Bedenken teilweise einzugehen, wenn er die Auffassung vertritt, dass die „für den Gerichtshof geltenden Regeln“ nicht leerliefen, wenn „die Verfügungsgewalt der Parteien unangetastet bleibt“ (Erwiderung, Rn. 8). Diese Regelungen dienen nämlich dem Zweck, den Prozessparteien die Entscheidung über den Umgang mit den gewechselten Schriftsätzen vorzubehalten. Der Kläger vertritt die Ansicht, dass die VO (EG) 1049/2001 eine solche Entscheidung einer Prozesspartei darstelle (Erwiderung, Rn. 8).
34. Einerseits bestätigt der Kläger damit das Argument der Kommission, dass es sich bei den durch den Gerichtshof an die Kommission übermittelten Abschriften der Schriftsätze eines Mitgliedsstaates um Dokumente des Gerichtshofs bzw. der Rechtsprechung i.S.d. Art. 15 Abs. 3 AEUV handelt. Denn wenn dies nicht der Fall wäre, wären die speziellen Zugangsregeln auf diese Dokumente gar nicht anwendbar und hätten die Unionsgerichte auch gar keine Kompetenz, um über den Zugang Dritter zu diesen Dokumenten zu entscheiden. Wenn es sich nicht um Dokumente des Gerichtshofs handelte, wäre damit auch kein Leerlauf der speziellen Zugangsregeln zu befürchten.

35. Andererseits erläutert der Kläger nicht, inwiefern die VO (EG) 1049/2001 eine Entscheidung der Republik Österreich in Bezug auf die Verfügungsgewalt über ihre Schriftsätze darstellt. Zwar behauptet der Kläger, dass die Verordnung eine solche Entscheidung einer Prozesspartei darstelle. In diesem Fall hätten aber weder ein Mitgliedsstaat oder eine andere Prozesspartei noch Verfügungsgewalt darüber, was mit ihren Verfahrensschriftsätzen passiert. Auch die Unionsgerichte selbst hätten keinen Einfluss mehr darauf, wann und an wen die Verfahrensschriftsätze eines Mitgliedsstaates durch die Kommission herausgegeben werden müssen. Dieses Vorbringen des Klägers ist deshalb insgesamt zurückzuweisen.
36. Entgegen der Auffassung des Klägers ist eine Differenzierung zwischen Schriftsätzen der Kommission und denen von Mitgliedsstaaten angezeigt (Erwiderung, Rn.11). Denn die Schriftsätze der Kommission werden durch die Kommission für den Zweck des Gerichtsverfahrens erstellt und sind daher von Beginn an Dokumente im Besitz der Kommission. Sobald diese Schriftsätze an die Unionsgerichte geschickt werden, werden sie Dokumente des Gerichtshofs. Gleichzeitig bleiben sie aber stets (jedenfalls als Kopie) im Besitz der Kommission und bleiben damit also auch Dokumente der Kommission. Das ist ein wichtiger Unterschied zu Schriftsätzen eines Mitgliedsstaates, denn diese werden zwar mit Einbringung in das Gerichtsverfahren Dokumente des Gerichtshofs, werden aber nur als Abschrift durch den Gerichtshof im Rahmen des Gerichtsverfahrens an die Kommission übersandt und werden dadurch wegen Art. 15 Abs. 3 AEUV nicht zu Dokumenten der Kommission i.S.d. der VO (EG) 1049/2001 (siehe oben, Rn. 24).
37. Anders als der Kläger behauptet, geht es vorliegend nicht um die Geheimhaltung von Schriftsätzen (Erwiderung, Rn. 12). Es geht um die Bestimmung des Anwendungsbereichs der VO (EG) 1049/2001, welche aufgrund der primärrechtlichen Vorgaben keinen Zugang zu Dokumenten der Rechtsprechung geben kann. Die Kommission hat deshalb keine rechtliche Möglichkeit, die Abschriften von Schriftsätzen eines Mitgliedsstaates an Dritte herauszugeben, da es sich um Dokumente des Gerichtshofs handelt und die Kommission über diese Dokumente keine Verfügungsgewalt ausüben darf.

IV. Ausführungen des Gerichtshofs zum Grundsatz der Waffengleichheit

38. In Bezug auf die Ausführungen zum Grundsatz der Waffengleichheit scheint der Kläger den entscheidenden Punkt missverstanden zu haben (Erwiderung, Rn. 16, 17). Die Kommission hat den Gerichtshof in der Rechtssache API zitiert, da dies die Rechtsauffassung der Kommission in Bezug auf die Qualifikation der Schriftsätze von Mitgliedsstaaten stützt (Klagebeantwortung, Rn. 52). Der Gerichtshof hat sich mit dem Inhalt der Schriftsätze der Kommission in einem laufenden Verfahren befasst. Der Gerichtshof hat dann betont, dass der Grundsatz der Waffengleichheit beeinträchtigt werden könnte, da nur das Organ, hier die Kommission, den Zugangsverpflichtungen nach der VO (EG) 1049/2001 unterliegt, „nicht aber alle Verfahrensbeteiligten der Freigabepflicht unterliegen“ (Hervorhebung hinzugefügt). Der Gerichtshof hat damit klar gesagt, dass nur die Schriftsätze der Kommission den Freigabepflichten (nach der VO (EG) 1049/2001) unterliegen können. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass Schriftsätze von Mitgliedsstaaten nicht denselben Regeln wie die Schriftsätze der Kommission unterliegen, weil es sich bei ersteren um Dokumente des Gerichtshofs handelt. Wichtig ist hier auch, dass in der vom Gerichtshof behandelten Situation die Schriftsätze zwischen den Parteien bereits ausgetauscht worden waren. Wenn man der Auffassung des Klägers folgte, hätte es sich bei allen Schriftsätzen (1) nicht um Dokumente des Gerichtshofs gehandelt, hätte es sich (2) um Dokumente i.S.d Art. 3 lit. a i.V.m. Art. 2 Abs. 3 der VO (EG) 1049/2001 gehandelt und hätten (3) die Schriftsätze aller Verfahrensbeteiligten derselben Freigabepflicht nach der VO (EG) 1049/2001 unterliegen müssen. Dies war aber nicht der Fall, denn ansonsten hätte der Gerichtshof keine Ausführungen zur Waffengleichheit machen müssen. Das vom Gerichtshof herausgearbeitete Kriterium der „Freigabepflicht“ wäre dann sinnwidrig, weil die Kommission dann unterschiedslos auf Grundlage der VO (EG) 1049/2001 zu allen Schriftsätzen Zugang hätte gewähren müssen.
39. Auch daraus folgt, dass der Zugang zu Schriftsätzen der Kommission der VO (EG) 1049/2001 unterliegt, andererseits Schriftsätze der Mitgliedsstaaten oder ihre Abschriften als Dokumente des Gerichtshofs aber nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen.

V. Ausführungen des Gerichts zur Freigabe eigener Schriftsätze

40. Es trifft zu, dass der Kommission bei der Übersetzung des Zitats aus dem Französischen ein Übersetzungsfehler (*“nicht“*) unterlaufen ist (Klagebeantwortung, Rn. 56, Erwiderung, Rn. 18). Dies ist aber vorliegend nicht entscheidend. Die Kommission hat Bezug auf die Ausführungen des Gerichts genommen (EuG, Rs. T-36/04 – Association de la presse internationale ASBL (API) gegen Kommission, Slg. 2007 II-03201, Rn. 88), weil sich aus dem Zitat folgern lässt, dass diese Ausführungen zur freiwilligen Herausgabe eigener Schriftsätze überflüssig wären, wenn die Kommission auch die Schriftsätze der Mitgliedsstaaten gemäß der VO (EG) 1049/2001 freizugeben hätte. Denn in diesem Fall bestünde keine Notwendigkeit mehr, zwischen der Freigabe eigener und der Schriftsätze der Gegenseite zu differenzieren.

Im Hinblick auf die Veröffentlichung der Klageschrift und Klagebeantwortung auf der Internetseite des Klägers sei daran erinnert, dass der Gerichtshof in der Rs. API diesen Punkt verworfen hat (Rs. API, siehe insbesondere Rn. 92 ff.). Wie oben dargelegt, hat der Kläger mit der Veröffentlichung dieser Dokumente in einem laufenden Verfahren gegen die Grundsätze der Waffengleichheit und geordneten Rechtspflege verstoßen (siehe oben, Rn. 5).

D. ANTRÄGE DER KOMMISSION

41. Zusammenfassend ist die Kommission weiter der Auffassung, dass die streitgegenständlichen Abschriften der Schriftsätze der Republik Österreich als Dokumente des Gerichtshofs gemäß Art. 15 Abs. 3 AEUV nicht in den Anwendungsbereich der VO (EG) 1049/2011 fallen und die Kommission deshalb nicht verpflichtet werden kann, diese Verfahrensdokumente an Dritte herauszugeben. Aus den vorstehend genannten Gründen hält die Kommission ihre Anträge aus der Klagebeantwortung insgesamt aufrecht.



Bevollmächtigte der Kommission



INHALTSVERZEICHNIS

A.	NICHT AUTORISIERTE VERÖFFENTLICHUNG DER KLAGESCHRIFT UND KLAGEBEANTWORTUNG AUF INTERNETSEITE DES KLÄGERS	2
B.	ERLEDIGUNG DER KLAGEGRÜNDE BETREFFEND ZUGANG ZU RECHTSGUTACHTEN	3
C.	RECHTLICHE WÜRDIGUNG	3
I.	Vorbringen des Klägers in der Erwiderung	4
II.	Keine Anwendung der VO (EG) 1049/2001 auf durch Gerichtshof übermittelte Schriftsätze von Mitgliedsstaaten	5
	1. Vorrang des Primärrechts – keine weitergehenden Zugangsrechte	5
	2. Kein Zugang zu Dokumenten des Gerichtshofs / Dokumenten der Rechtsprechung	6
III.	Aushebelung spezieller Zugangsregeln durch Zugang zu den durch den Gerichtshof übermittelten Abschriften von Schriftsätzen der Mitgliedsstaaten	9
IV.	Ausführungen des Gerichtshofs zum Grundsatz der Waffengleichheit	13
V.	Ausführungen des Gerichts zur Freigabe eigener Schriftsätze	14
D.	ANTRÄGE DER KOMMISSION	15

ANLAGENVERZEICHNIS

Anlage	Kurzbezeichnung	Fundstelle (Randnr.)
D1	Screenshot des ersten Blogeintrags vom 11.09.2012	1, S.2
D2	Schreiben der Kommission an Kläger vom 11.10.2012	2, S.2
D3	Schreiben des Klägers an Kommission vom 15.10.2012	3, S.2
D4	Screenshot des zweiten Blogeintrags vom 12.10.2012	4, S.2

ANLAGE D.1



Patrick Breyer
Karmachen zum Ändern

100

- Artikel
- Terminkalender
- Zur Person
- Transparenzangaben
- Landesverband Live
- Logbuch
- Kontakt /
- Datenschutz

Suche:

- ☐ Piratenfraktion
- ☐ Piratenpartei
- ☐ Schleswig-Holstein
- ☐ Stammtisch
- ☐ Westküste
- ☐ Daten-
- ☐ Speicherung de
- ☐ 2K Vorrat

11. September 2012

Die EU-Kommission hat zwischenzeitlich auf meine Vorratsdatenspeicherung

Sie wendet sich standhaft, die Schriftsätze herauszugeben, mit denen sich Österreich gegen die Klage wegen Nichtumsetzung der Vorratsdatenspeicherung verteidigt hat, obwohl das Verfahren gegen Österreich längst abgeschlossen ist (Österreich hat die Vorratsdatenspeicherung leider eingeführt). Dem Vereinigten nach argumentierte Österreich, die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung verletze unsere Grundrechte. Diese Argumentation konnte Deutschland helfen, sich gegen die anhängige Klage wegen Nichtumsetzung der Vorratsdatenspeicherung zu verteidigen, und Digital Rights Ireland helfen, die Richtlinie vor dem Europäischen Gerichtshof zu Fall zu bringen.

Die EU-Kommission kurz gefasst, weil der Gerichtshof Schriftsätze nicht an Dritte herausgeben musste, könne dies auch von ihr nicht gefordert werden. In einer Replik habe ich die Argumentation der EU-Kommission ausständiger genommen:

1. Die in den geltenden Informationszugangsgesetzen geregelten Grenzen des Informationszugangsrechts sind für die Klage von vornherein unerheblich, denn die VO (EG) 1049/2001 darf einen weiter reichenden Informationszugang als vorgesehen sein. Es ist etabliert, dass die VO (EG) 1049/2001 nur einen Mindestschutzstandard festlegt, der nicht unterschritten werden kann. Dieser Standard nimmt außerdem nur Dokumente des öffentlichen Charakters in Betracht.

[illegible]

Datei	Gegebenen	Ansicht	Funktion	Erwart.

IT News & Tech

maximaler Zugang als
erlaubt nur einen Mindestschutzstandard.
vorsehen.

3. Schriftsätze einer Prozesspartei, die an den Gerichtshof gerichtet werden, stellen keine Dokumente des Gerichtshofs dar, sondern bleiben Dokumente der Prozesspartei. Auch wenn der Gerichtshof die Schriftsätze an die Kommission weiter leitet, bleiben sie Schriftsätze der Prozesspartei und werden nicht zu Dokumenten des Gerichtshofs.

4. bezweckt den Schutz der rechtsprechenden Tätigkeit des Gerichtshofs. Dieser Schutz wird nicht dadurch beeinträchtigt, dass der Einsender eines Schriftsatzes oder die Gegenpartei den Schriftsatz veröffentlicht. Der Gerichtshof hat in der Rechtsache entschieden, dass die Offenlegung von Schriftsätzen betreffend anhängige Verfahren allenfalls in seltenen Ausnahmefällen ("dans des cas exceptionnels") der rechtsprechenden Tätigkeit zuwiderlaufen kann.

5. Ganzlich ausgeschlossen werden kann eine Beeinträchtigung der Rechtsprechung, wo das Verfahren, auf das sich der Schriftsatz bezieht, abgeschlossen ist (wie hier).

6. Die Kommission sieht in einer Anwendung der VO (EG) 1049/2001 auf Schriftsätze im Besitz der Kommission eine "Aushebelung" der für den Gerichtshof geltenden Informationszugsangsregelungen. Mit dem gleichen Recht könnte man aber sagen, eine Anwendung der für den Gerichtshof geltenden Regelungen auf Schriftsätze im Besitz der Kommission habe die VO (EG) 1049/2001 aus. Letztlich muss die Kommission akzeptieren, dass für sie andere Informationszugsangsregelungen gelten als für Gerichtshof oder Mitgliedsstaaten, auch wenn mehrere Stellen im Besitz ein und desselben Dokuments sind. Der Verordnungsgeber hat sich bewusst für ein weiter reichendes Zugangsrecht zu Dokumenten im Besitz der

Ausdruck vom: Dienstag, 09. Oktober 2012 10:46:38

Date: 2019-01-11 11:11:11
 User: [redacted]
 Page: 1
 Title: [redacted]
 Content:

7. Hielte man die für den Gerichtshof geltenden Regelungen entgegen ihres Wortlauts auch auf die Prozessbeteiligten für anwendbar, wäre es Kommission, Mitgliedsstaaten und sonstigen Prozessparteien sogar untersagt, Schriftsätze freiwillig herauszugeben oder über ihren Inhalt auch mit Grundrechten wie dem Recht auf Pressefreiheit und den teilweise in nationalen Verfassungen garantierten Informationszugangsberechtigungen vereinbar. Es ist nicht Ziel der Verfahrensregelungen des Gerichtshofs, den Umgang mit Dokumenten von Prozessparteien durch diese zu beschränken. Dies hat der Gerichtshof in der Rechtssache anerkannt (Rn. 88).

8. Die restriktiven, für den Gerichtshof geltenden Regelungen laufen nicht "leer", wenn die Verfügungsgewalt der Parteien unangestastet bleibt. Die Regelungen dienen vielmehr dem Zweck, den Prozessparteien die Entscheidung über den Umgang mit den gewechselten Schriftsätzen vorzubehalten. Die VO (EG) 1049/2001 stellt eine solche Entscheidung einer Prozesspartei dar.

9. Wenn Art. 16 Abs. 5 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs Prozessparteien ein Recht auf Abschriften einräumt, dann schließt dies nicht aus, dass auch Dritte ein Recht auf Abschriften haben können. Erst recht sagt es nichts darüber aus, ob Prozessparteien erhaltene Abschriften weitergeben dürfen.

10. Wenn der Gerichtshof festgestellt hat, "dass weder die Satzung des Gerichtshofs noch die Verfahrensordnungen ein Recht auf Zugang zu den beim Gerichtshof im Rahmen von Gerichtsverfahren eingereichten Schriftsätzen vorsehen", dann schließt dies nicht aus, dass die VO (EG) 1049/2001 ein Recht auf Zugang zu den der Kommission übersandten Schriftsätzen vorsieht. Gleiches gilt für die Feststellung des Gerichtshofs, die "Rechtsprechungsstabilität als solche" sei vom Anwendungsbereich der Verordnung ausgenommen.

11. Vollends sinnwidrig ist es, wenn die Kommission zwischen ihren eigenen Schriftsätzen und denen anderer Prozessparteien zu unterscheiden versucht.

... dass die Eigenwirtschaften der Klagen wegen Variation der ...

• **Attack-breeder**

Thema	Beurteilung	Ansätze	Fazit	Ergebnis
1. Thema
2. Thema
3. Thema
4. Thema
5. Thema
6. Thema
7. Thema
8. Thema
9. Thema
10. Thema
11. Thema
12. Thema
13. Thema
14. Thema
15. Thema
16. Thema
17. Thema
18. Thema
19. Thema
20. Thema
21. Thema
22. Thema
23. Thema
24. Thema
25. Thema
26. Thema
27. Thema
28. Thema
29. Thema
30. Thema
31. Thema
32. Thema
33. Thema
34. Thema
35. Thema
36. Thema
37. Thema
38. Thema
39. Thema
40. Thema
41. Thema
42. Thema
43. Thema
44. Thema
45. Thema
46. Thema
47. Thema
48. Thema
49. Thema
50. Thema
51. Thema
52. Thema
53. Thema
54. Thema
55. Thema
56. Thema
57. Thema
58. Thema
59. Thema
60. Thema
61. Thema
62. Thema
63. Thema
64. Thema
65. Thema
66. Thema
67. Thema
68. Thema
69. Thema
70. Thema
71. Thema
72. Thema
73. Thema
74. Thema
75. Thema
76. Thema
77. Thema
78. Thema
79. Thema
80. Thema
81. Thema
82. Thema
83. Thema
84. Thema
85. Thema
86. Thema
87. Thema
88. Thema
89. Thema
90. Thema
91. Thema
92. Thema
93. Thema
94. Thema
95. Thema
96. Thema
97. Thema
98. Thema
99. Thema		

ਪ੍ਰਾਇਮਰੀ

W. Frank & Sons, Technics
20 Patrick Street - E.U.-K.O.

U-ke. solche "sei vom Anwendungsbereich der Verordnung ausgeschlossen.

11. Vollends sinnwidrig ist es, wenn die Kommission zwischen ihren eigenen Schriftsätzen und denen anderer Prozessparteien zu differenzieren sucht. Denn wurde der Schutz der Rechtsprechungsrangigkeit und die entsprechenden Regelungen des Gerichtshofs: Geheimhaltung von Schriftsätzen verlangt, dann musste dies auch für die eigenen Schriftsätze der Kommission gelten. Hierzu hat der Gerichtshof aber bereits entschieden, dass (unter Berücksichtigung von Prozesssätzen) ein Zustandsrecht besteht (Rs. API).

12. Wurde der Schutz der Rechtsprechungstätigkeit und die entsprechenden Regelungen des Gerichtshofs Gemeinhaltung von Schriftsätzen verlangen, dann müsste dies auch für der Kommission durch einen Mitgliedstaat unmittelbar übersandte Schriftsätze gelten. Hierzu hat der Gerichtshof aber ebenfalls bereits entschieden, dass (unter bestimmten Voraussetzungen) ein Zugangsrecht besteht (EuG, }.

13. Schriftsätze, die der Kommission als Prozessbeteiligter vom Gerichtshof zugelassen werden, unterfallen dem Zuständigkeitsbereich der Kommission. Denn die Kommission ist dafür zuständig, vor dem Europäischen Gerichtshof als Prozesspartei aufzutreten. Gegenstand der vorliegenden Klage sind Schriftsätze in einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich wegen Nichtumsetzung der Richtlinie 2006/24/EG. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Kommission für dieses Vertragsverletzungsverfahren einschließlic der erhobenen Vertragsverletzungsklage zuständig war.

i.4. Wenn die VO (EG) 1049/2001 nach ihrem zweiten Erwägungsgrund "eine größere Legitimität, Effizienz und Verantwortung der Verwaltung gegenüber dem Bürger in einem demokratischen System" gewährleisten soll, so muss dies auch für von der Verwaltung angeregte Vertragsverletzungsverfahren (insbesondere Vertragsverletzungsklagen) gelten.

15. Unvertretbar wird die Argumentation der Kommission, wo in Abrede gestellt wird, dass Abschriften bei der Kommission eingegangene Dokumente im Sinne der VO (EG) 1049/2001 darstellen. Diese Argumentation verfehlt so offensichtlich Inhalt und Zweck der Verordnung, dass nicht näher darauf eingegangen werden muss. Die Definition des Dokumentenbegriffs in Art. 3

! Falsch, es sind Fehler auf der Seite aufgetreten.

Internet; Geschützter Modus. Abzurufen

Patrick Beyer - EU-Kommission meldet die Klage wegen Verstoßes gegen Richtlinie 90/269/EWG
Datei: Berechnen, Ansicht, Favoriten, Extras
Freigelegt

IT-News, E-Mail, Technologie Patrick Beyer - EU-Ko... print-breyer.de Seite 1 von 1 Seiten 100%

eingegangene Dokumente im Sinne der VO (EG) 1049/2001 darstellen. Diese Argumentation verfehlt so offenkundig Inhalt und Zweck der Verordnung, dass nicht näher darauf eingegangen werden muss. Es genügt, auf die Definition des Dokumentenbegriffs in Art. 3 Buchst. a zu verweisen.

16. Die von der Kommission zitierten Ausführungen des Gerichtshofs in der Rechtssache API zum Schutz der Wahlfreiheit beziehen sich nicht auf Schriftsätze, sondern auf andere, vorbereitende Informationen im Zusammenhang mit laufenden Gerichtsverfahren. Interne Informationen im Zusammenhang mit laufendem Gerichtsverfahren vom Zugangsrecht auszunehmen, lässt sich mit dem Schutz der Wahlfreiheit rechtfertigen, welcher das Recht jeder Prozesspartei umfasst, grundsätzlich selbst darüber zu entscheiden, wann sie welche Information in ein Verfahren einführt. Hat eine Prozesspartei Informationen aber bereits gegenüber dem Gericht und damit auch gegenüber der anderen Prozesspartei mittels Schriftsatzes offen gelegt, so erlangt die andere Seite keinen ungerechtfertigten Informationsvorsprung durch Veröffentlichung des ihr eingegebenen Schriftsatzes. Wenn die Kommission sowohl ihre eigenen Schriftsätze als auch diejenigen der anderen Prozesspartei herauszugeben hat, ist Wahlfreiheit zweifelslos gewährleistet.

17. Im vorliegenden Verfahren ist das Recht auf Wahlfreiheit der Prozessparteien im Übrigen schon deshalb nicht berührt, weil das Verfahren gegen Österreich, auf das sich das Einsichtsgesuch bezieht, längst abgeschlossen ist.

18. In Ziff. 56 ihrer Erwiderung ist der Kommission ein sinnentstellender Übersetzungsfehler unterlaufen: Der Gerichtshof hat in der Rechtssache entschieden, "dass die Offenlegung von Schriftsätzen betreffend angangener Verfahren nicht notwendigerweise dem Grundsatz der sachgerechten Durchführung der Rechtsprechung zuwider läuft."

Sowohl Finnland als auch Schweden haben beim Gerichtshof beantragt, als Streittheller zugelassen zu werden, um meine Klage zu unterstützen.

Kategorieart in
Schlagwort:

Fehler, es wird Fehler auf der Seite festgestellt.
Internet Geschützter Modus Aktivieren

ANLAGE D.2



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT

Juristischer Dienst

Brüssel, 11.10.2012
sj.f(2012)1393233 PCO/al

Herrn Meinhard Starostik
Rechtsanwalt
Schillstrasse, 9
D-10785 Berlin

Nur per Fax: 00 49 30 88 000 346

Betreff: Rechtssache T-188/12 – Veröffentlichung von Schriftsätzen auf einer Internetseite

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Starostik,

wir haben festgestellt, dass Ihr Mandant, Herr Breyer, auf seiner Internetseite (<http://www.patrick-breyer.de/?p=14871>) sowohl die Nichtigkeitsklage als auch die Klagebeantwortung der Kommission in der Rechtssache T-188/12 veröffentlicht hat.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf Folgendes hinweisen:

- (1) Gemäß Artikel 20 der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union, anwendbar auf das Gericht der Europäischen Union, dürfen Schriftsätze nur an die Parteien des Verfahrens und an die Unionsorgane, deren Entscheidungen Gegenstand des Verfahrens sind, übermittelt werden.

- (2) Artikel 5(8) der Dienstanweisung für den Kanzler des Gerichts sieht vor:

"Keine dritte Person des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts darf ohne ausdrückliche, nach Anhörung der Parteien erteilte Genehmigung des Präsidenten oder, wenn die Rechtssache noch anhängig ist, des Präsidenten des mit ihr befassten Spruchkörpers die Akten der Rechtssache oder die Verfahrensschriftstücke einsehen. Diese Genehmigung kann nur auf schriftlichen Antrag erteilt werden, dem eine eingehende Begründung für das berechtigte Interesse an der Akteneinsicht beizufügen ist."

Commission européenne/Europese Commissie, 1049 Bruxelles/Brussel, BELGIQUE/BELGIË - Tel. +32 22991111
http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/
E-mail: sq-acc-ds.c@ec.europa.eu

- (3) In seinem Urteil vom 17. Juni 1998 in der Rechtssache T-174/95¹ hat das Gericht der Europäischen Union festgestellt:

"135. Nach den Bestimmungen über das Verfahren in Rechtssachen vor dem Gericht genießen die Parteien Schutz gegen unangemessene Verwendung von Verfahrensstücken. So kann gemäß Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 3 der Dienstanweisung für den Kanzler vom 3. März 1994 (ABl. L 78. S. 32) keine dritte Person des Privatrechts oder öffentlichen Rechts ohne ausdrückliche, nach Anhörung der Parteien erteilte Genehmigung des Präsidenten die Akten der Rechtssache oder die Verfahrensvorgänge einsehen. Ferner kann der Präsident nach Artikel 116 § 2 der Verfahrensordnung geheime oder vertrauliche Unterlagen von der Übermittlung an einen Streithelfer in einer Rechtssache ausnehmen.

136. Diese Bestimmungen sind Ausdruck des allgemeinen Grundsatzes einer geordneten Rechtspflege, daß die Parteien das Recht haben, ihre Interessen unabhängig von jeder äußeren Beeinflussung, insbesondere durch die Öffentlichkeit, zu vertreten.

137. Daher darf eine Partei, die Zugang zu den Verfahrensstücken der anderen Parteien hat, von diesen Stücken nur für die Vertretung ihrer eigenen Interessen und zu keinem anderen Zweck wie etwa dem Gebrauch machen, die Öffentlichkeit zur Kritik am Vorbringen der anderen Verfahrensbeteiligten zu bewegen." (Hervorhebungen hinzugefügt)

- (4) Darüber hinaus hat der Gerichtshof in seiner Entscheidung *API*² entschieden, dass während eines Gerichtsverfahrens eine Pflicht besteht, die Prinzipien der Waffengleichheit und der geordneten Rechtspflege zu wahren. Der Gerichtshof hat hinzugefügt:

"92. Was sodann die geordnete Rechtspflege betrifft, lässt sich der Ausschluss der Rechtsprechungstätigkeit vom Geltungsbereich des Rechts auf Zugang zu Dokumenten, ohne dass zwischen den verschiedenen Verfahrensstadien zu unterscheiden wäre, damit rechtfertigen, dass während des gesamten Gerichtsverfahrens sichergestellt sein muss, dass die Erörterungen zwischen den Parteien sowie die Beratungen des Gerichts über die anhängige Rechtssache in aller Ruhe ablaufen." (Hervorhebungen hinzugefügt)

Im Anbetracht des Vorangegangenen fordert die Kommission Ihren Mandanten förmlich dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Klage sowie die Klagebeantwortung der Kommission von der oben genannten Internetseite und jeder anderen Internetseite, auf der sich diese Dokumente ggf. befinden, umgehend entfernt werden und auch ansonsten nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dieses Entfernen hat umgehend zu erfolgen, spätestens aber innerhalb von drei Tagen nach dem Erhalt dieses Briefes.

¹ T-174/95, Svenska Journalistförbundet/Rat [1998], Slg. II-2289.

² Verbundene Rechtssachen C-514/07 P, C-528/07 P und C-532/07 P [2010], Slg. I-8533, Rn. 85 bis 93.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Entscheidungsgründe des Gerichts der Europäischen Union in Rn. 88 der Entscheidung *API* (T-36/04), auf die sich die Kommission in Erwägungsgrund 56 ihrer Klagebeantwortung bezogen hat, von dem Gerichtshof im Rechtsmittelverfahren nicht aufrechterhalten wurden. Daher gibt es noch nicht mal eine rechtliche Grundlage dafür, dass eine Partei ihre eigenen Schriftsätze veröffentlicht, solange das Gerichtsverfahren andauert.

Eine Abschrift dieses Briefes wird dem Gericht der Europäischen Union übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen,

Bevollmächtigte der Kommission

ANLAGE D.3

Meinhard Starostik

Rechtsanwalt

RA Starostik · Schillstraße 9 · 10785 Berlin

EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALSEKRETARIAT
1049 Brüssel

per E-Mail: sg-acc-doc@ec.europa.eu

Rechtsanwaltskanzlei:

Schillstraße 9 · 10785 Berlin
Tel.: 00 49 - 30 - 88 000 3 - 0
Fax: 00 49 - 30 - 88 000 346
Email: Kanzlei@Starostik.de
<http://www.starostik.de>
USt-ID-Nr. DE165877648

Zweigstelle und

Kanzlei vereidigter Buchprüfer:
Schwarzenberger Straße 7 · 08280 Aue
Tel.: 00 49 - 3771 - 564 700

Berlin, den 15.10.2012
Mein Zeichen: 24/12

Breyer ./ Europäische Kommission
Registernummer: 535459
Rechtssache: T-188/12

Sehr geehrte Damen und Herren,

in obiger Angelegenheit nehme ich auftragsgemäß des Klägers zu dem Schreiben vom 11.10.2012 wie folgt Stellung:

1. Das Urteil des EuG vom 17.06.1998 (Az. T-174/95) ist bereits nicht einschlägig. In jenem Fall hat das Gericht einen Verfahrensmissbrauch darin gesehen, dass der Kläger eine geänderte Fassung der Klagebeantwortung im Internet veröffentlicht hatte verbunden mit einer Aufforderung an die Öffentlichkeit, Kommentare an die Bediensteten des Rates zu senden, unter Angabe der Telefon- und Telefaxnummern dieser Bediensteten. Im vorliegenden Fall ist dagegen die Klagebeantwortung in unveränderter und anonymisierter Fassung ohne Namen oder Kontaktdaten von Bediensteten veröffentlicht worden. Die Veröffentlichung diene offenkundig nicht dazu, Druck auf die Kommission auszuüben oder die Öffentlichkeit dazu bewegen, bestimmte Kommissionsbedienstete zu kontaktieren.

2. Das Urteil des EuG vom 17.06.1998 (Az. T-174/95) ist außerdem durch die neuere Rechtsprechung des Gerichts überholt. Dieses hat inzwischen klargestellt, "dass es weder einen Grundsatz noch eine Vorschrift gibt, wonach es den Parteien eines Verfahrens erlaubt oder untersagt wäre, ihre eigenen Schriftsätze Dritten zugänglich zu machen, abgesehen von Ausnahmefällen" und dass die einzigen Verfahrensbestimmungen, die den Parteien eine Freigabe von Schriftsätzen verbieten, Vorschriften über den Ausschluss der Öffentlichkeit sind (Urteil des EuG vom 12.09.2007, Az. T-36/04, Rn. 87 ff.).

3. Das Gericht hat anerkannt, dass die Freigabe von Schriftsätzen aus laufenden Verfahren in einigen Mitgliedstaaten zugelassen und auch in Art. 40 Abs. 2 EMRK vorgesehen ist (Rn. 84), so dass ein gegenteiliger "allgemeiner Rechtsgrundsatz" gerade nicht existieren kann. Das Unionsrecht verfolgt vielmehr ausdrücklich das Ziel einer "größtmöglichen" Transparenz.

4. Es trifft nicht zu, dass der EuGH das Urteil vom 17.06.1998 bezüglich der genannten Ausführungen aufgehoben hätte (Urteil vom 21.09.2010, Az. C-514/07 P u.a.). Der EuGH hat lediglich entschieden, die VO 1049/2001/EG verpflichte im Regelfall nicht zur Herausgabe von Schriftsätzen in anhängigen Verfahren. Die Ausführungen des EuG zum Veröffentlichungsrecht der Parteien hat der EuGH nicht behandelt.

5. Aus diesem Grund sind die Urteile in der Rechtssache API für die vorliegende Streitfrage von vornherein nicht maßgeblich. Dieser Rechtsstreit betraf nur die Reichweite der Veröffentlichungspflicht nach der VO 1049/2001 und nicht die Reichweite des Veröffentlichungsrechts der Parteien. Erst recht erfasst die Rechtskraft dieser Urteile den Kläger nicht, weil er nicht Partei war.

6. In einer Demokratie ist es normal und wichtig, dass die Staatsgewalt den ihr Unterworfenen (also der Öffentlichkeit) gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Dies schließt die Annahme aus, eine staatliche Prozesspartei könne jegliche Kritik Dritter an der Ausübung ihrer Staatsgewalt vor Gericht unterbinden. Auch das Gericht selbst muss sich damit abfinden, dass es mit einer demokratisch kontrollierten Prozesspartei verhandelt und deren Handeln öffentlich erörtert wird. Dies beeinträchtigt die Rechtspflege in einer demokratischen Gesellschaft nicht.

7. Die Annahme eines Rechts auf Kritikfreiheit würde im Übrigen nicht nur der wörtlichen Veröffentlichung von Schriftsätzen entgegen stehen, sondern selbst sinngemäßen Berichten über den Inhalt von Schriftsätzen, denn auch solche Berichte können öffentliche Kritik an der Prozesspartei nach sich ziehen. Dadurch würden öffentliche Gerichtsverfahren zu Geheimverfahren, wofür weder die Verfahrensordnung noch die Praxis der Mitgliedsstaaten irgend eine Grundlage bieten und was demokratischen Grundprinzipien widerspräche.

8. Im Übrigen ist in Art. 21 Abs. 4 der Verfahrensordnung die identifizierende Veröffentlichung des wesentlichen Inhalts von Klageschriften ausdrücklich vorgesehen. Bereits diese Veröffentlichung kann öffentliche Kritik an der Klageerhebung und an der Argumentation der klagenden Prozesspartei vor Gericht nach sich ziehen. Dies nimmt der demokratische Gemeinschaftsgesetzgeber erkennbar in Kauf. Warum der spätere Schriftwechsel vor Gericht eines weiter reichenden Schutzes bedürfen sollte als die Klageschrift, ist nicht ersichtlich.

9. Schließlich ist das besondere öffentliche Interesse gerade am vorliegenden Gerichtsverfahren hervorzuheben, welches an den Streithilfesanträgen deutlich wird. Wenn es in einem Rechtsstreit darum geht, die Reichweite des Grundsatzes der Öffentlichkeit zu klären, besteht selbstredend ein besonderes Interesse der Öffentlichkeit an der Erörterung ihrer Rechte vor Gericht.

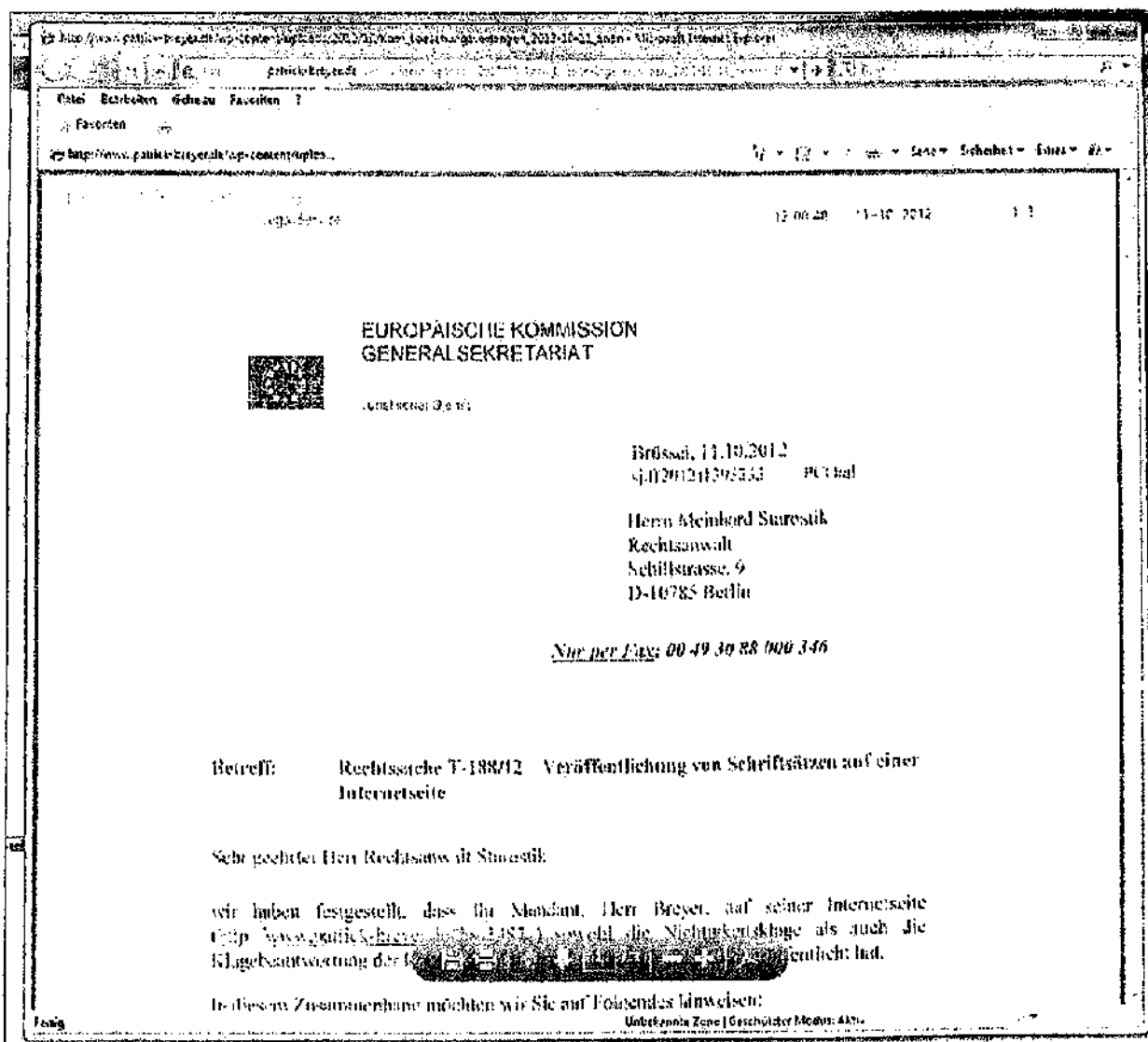
10. Nach alledem ist eine Beeinträchtigung der Rechtspflege richtigerweise erst dann zu besorgen, wenn auf eine Prozesspartei unzulässiger Druck im Hinblick auf ihr Verhalten vor Gericht ausgeübt wird, etwa im Wege einer Nötigung. Derartiges liegt im vorliegenden Fall offenkundig fern.



Meinhard Starostik
- Rechtsanwalt -

ANLAGE D.4

Ausdruck vom: Donnerstag, 18. Oktober 2012 10:31:35



Ausdruck vom: Donnerstag, 10. Oktober 2012 10:29:11

Patrick Breyer - EU-Kommission will Internetveröffentlichung von Schriftsätzen zur Vorratsspeicherung von Verbindungsdaten verhindern - Kopien zum Ändern - Mobile Mailbox

Patrick Breyer

Klarmachen zum Ändern

PIRATEN

AVATAR

Druck-bayende

Patrick Breyer

Artikel

Terminkalender

Zur Person

Transparenzangaben

Landesverband Lüne

Logbuch

Kontakt / Datenschutz

Sucher

Suchen

Wählen

Informations

EU-Piratenfraktion

EU-Piratenpartei

Schleswig-Holstein

Stammisch Westküste

Daten-Speicherung.de

Akt Verrat

EU-Kommission will Internetveröffentlichung von Schriftsätzen zur Vorratsspeicherung von Verbindungsdaten verhindern

12. Oktober 2012

Im April dieses Jahres habe ich die EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof weil sie die Herausgabe eines Rechtsgutachtens und von Schriftsätzen betreffend die fatale EU-Richtlinie zur flächendeckenden Vorratsspeicherung aller unserer Verbindungsdaten verweigerte (Az. ...). Das Rechtsgutachten musste die Kommission inzwischen ... und hinsichtlich der im abgeschlossenen Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich gezeichneten Schriftsätze steht die Herausgabeverweigerung durch die EU-Kommission im krassen Gegensatz zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.

Offenbar ist es der EU-Kommission nicht recht, dass ihre aussichtslosen Geheimhaltungsversuche an das Licht der Öffentlichkeit gelangen. Sie hat mich nun ultimativ aufgefordert, binnen drei Tagen ihre Klageerwidlung () und sogar meine eigene Klageschrift () aus dem Internet zu löschen.

Wortlich schreibt der Juristische Dienst der EU-Kommission meinem Rechtsanwalt:

Im Anbetracht des Vorangegangenen fordert die Kommission Ihren Mandanten förmlich dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass die ... sowie die ... der Kommission von der oben genannten Internetseite und jeder anderen Internetseite, auf der sich diese Dokumente ggf. befinden, umgehend entfernt werden und auch ansonsten nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dieses Entfernen hat umgehend zu erfolgen, spätestens aber innerhalb von drei Tagen nach dem Erhalt dieses Briefes.

Patrick Breyer

Klarmachen zum Ändern

Willkommen!

- [Artikel](#)
- [Terminkalender](#)
- [Zur Person](#)
- [Transparenzangaben](#)
- [Landesverband L.jvc](#)
- [Logbuch](#)
- [Kontakt / Datenschutz](#)

Suche:

Suchen

Weitere Informationen

- [Piratenfraktion](#)
- [Piratenpartei Schleswig-Holstein](#)
- [Stammtisch Westküste](#)
- [Daten-Speicherung.de](#)
- [AK Vorrat](#)

EU-Kommission will Internetveröffentlichung von Schriftsätzen zur Vorratsdatenspeicherung unterbinden

12. Oktober 2012

Im April dieses Jahres habe ich die EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt, weil sie die Herausgabe eines Rechtsgutachtens und von Schriftsätzen betreffend die fatale EU-Richtlinie zur flächendeckenden Vorratspeicherung aller unserer Verbindungsdaten verweigerte (Az. T-188/12). Das Rechtsgutachten musste die Kommission inzwischen herausgeben, und hinsichtlich der im abgeschlossenen Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich getwitchelten Schriftsätze steht die Herausgabeverweigerung durch die EU-Kommission im krassen Gegensatz zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.

Offenbar ist es der EU-Kommission nicht recht, dass ihre aussichtslosen Geheimhaltungsversuche in das Licht der Öffentlichkeit gelangen. Sie hat mich nun ultimatv aufgefordert, binnen drei Tagen ihre Klageerwidlung (pdf) und sogar meine eigene Klageschrift (pdf) aus dem Internet zu löschen.

Wörtlich schreibt der Juristische Dienst der EU-Kommission meinem Rechtsanwalt:

Im Anbetracht des Vorangegangenen fordert die Kommission Ihren Mandanten förmlich dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Klage sowie die Klagebeantwortung der Kommission von der oben genannten Internetseite und jeder anderen Internetseite, auf der sich diese Dokumente ggf. befinden, umgehend entfernt werden und auch ansonsten nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dieses Entfernen hat umgehend zu erfolgen, spätestens aber innerhalb von drei Tagen nach dem Erhalt dieses Briefes.

Ich werde dieser Aufforderung natürlich nicht nachkommen und veröffentliche stattdessen die Aufforderung selber (pdf).

Der Europäische Gerichtshof wird demnächst darüber entscheiden, ob die EU-Richtlinie zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung überhaupt mit unseren Grundrechten vereinbar ist (Az. C-293/12). Am nächsten Montag liort der Bundestag den Verfasser der von über 60.000 Bürgern unterstützten Petition gegen jede Form der verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung an. Am morgigen Samstag finden in 20 Städten Protestaktionen gegen eine Vorratspeicherung.

aller Verbindungsdaten statt, wie sie im Internetberichtsnetzwerk an die RDP einfließen will.

Anhang: Meine Antwort an die EU-Kommission im Wortlaut

1. Das Urteil des EuG vom 17.06.1998 (Az. T-174/98) ist bereits nicht einschlägig. In diesem Fall hat das Gericht einen Verfahrensmissbrauch darin gesehen, dass der Kläger eine ständige Fassung der Klagebeantwortung im Internet veröffentlichte, verbunden mit einer Aufforderung an die Öffentlichkeit, Kommentare an die Bediensteten des Rates zu senden, unter Angabe der Telefon- und Telefaxnummern dieser Bediensteten. Im vorliegenden Fall ist dagegen die Klagebeantwortung in unverständlicher und anonymisierter Fassung ohne Namen oder Kontaktdaten von Bediensteten veröffentlicht worden. Die Veröffentlichung dient offenkundig nicht dazu, Druck auf die Kommission auszuüben oder die Öffentlichkeit dazu bewegen, bestimmte Kommissionsbedienstete zu kontaktieren.
2. Das Urteil des EuG vom 12.06.1998 (Az. T-174/98) ist außerdem durch die neuere Rechtsprechung des Gerichts überholt. Dieses hat inzwischen klargestellt, "dass es weder einen Grundsatz noch eine Vorschrift gibt, wonach es den Parteien eines Verfahrens erlaubt oder untersagt wäre, ihre eigenen Schriftsätze Dritten zugänglich zu machen, abgesehen von Ausnahmefällen" und dass die einzigen Verfahrensbestimmungen, die den Parteien eine Freigabe von Schriftsätzen verbieten, Vorschriften über den Ausschluss der Öffentlichkeit sind (Urteil des EuG vom 12.09.2007, Az. T-36/04, Rn. 87ff.).
3. Das Gericht hat anerkannt, dass die Freigabe von Schriftsätzen aus laufenden Verfahren in einigen Mitgliedsstaaten zugelassen und auch in Art. 40 Abs. 2 EMRK vorgesehen ist (Rn. 84), so dass ein gegenteiliger "allgemeiner Rechtsgrundsatz" gerade nicht existieren kann. Das Unionsrecht verfolgt vielmehr ausdrücklich das Ziel einer "größtmöglichen" Transparenz.
4. Es trifft nicht zu, dass der EuGH das Urteil vom 17.06.1998 bezüglich der genannten Ausführungen aufgehoben hätte (Urteil vom 21.09.2010, Az. C-514/07, Rn. 8). Der EuGH hat lediglich entschieden, die VO 1049/2001/EG verpflichte im Regelfall nicht zur Herausgabe von Schriftsätzen in anhängigen Verfahren. Die Ausführungen des EuG zum Veröffentlichungsrecht der Parteien hat der EuGH nicht behandelt.
5. Aus diesem Grund sind die Urteile in der Rechtssache API für die vorliegende Streitfrage von vornherein nicht maßgeblich. Dieser Rechtsstreit betrifft nur die Reichweite der Veröffentlichungspflicht nach der VO 1049/2001 und nicht die Reichweite des Veröffentlichungsrechts der Parteien. Erstrecht erfasst die Rechtskraft dieser Urteile den Kläger nicht, weil er nicht Partei war.
6. In einer Demokratie ist es normal und wichtig, dass die Staatsgewalt, den ihr Unterworfenen (also der Öffentlichkeit) gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Dies schließt die Annahme aus, eine staatliche Prozesspartei könne jegliche Kritik Dritter an der Ausübung ihrer Staatsgewalt vor Gericht unterbinden. Auch das Gericht selbst muss sich damit abfinden, dass es mit einer demokratisch kontrollierten Prozesspartei verhandelt und deren Handeln öffentlich ebnert wird. Dies beeinträchtigt die Rechtspflege in einer demokratischen Gesellschaft nicht.
7. Die Annahme eines Rechts auf Kritikfreiheit würde im Übrigen nicht nur der wörtlichen Veröffentlichung von Schriftsätzen entgegen stehen, sondern selbst ungenügenden Berichten über den Inhalt von Schriftsätzen, denn auch solche Berichte können öffentliche Kritik an der Prozesspartei nach sich ziehen. Dadurch würden öffentliche Gerichtsverfahren zu Geheimverfahren, wofür weder die Verfahrensordnung noch die Praxis der Mitgliedsstaaten irgend eine Grundlage bieten und was den demokratischen Grundprinzipien widerspräche.
8. Im Übrigen ist in Art. 21 Abs. 4 der Verfahrensordnung die identifizierende Veröffentlichung des wesentlichen Inhalts von Klageschriften ausdrücklich vorgesehen. Bereits diese Veröffentlichung kann öffentliche Kritik an der Klageerhebung und an der Argumentation der klagenden Prozesspartei vor Gericht nach sich ziehen. Dies nimmt der demokratische Gemeinschaftsgesetzgeber erkennbar in Kauf. Warum der spätere Schriftwechsel vor Gericht eines weiterreichenden Schutzes bedürfen sollte als die Klageschrift, ist nicht ersichtlich.
9. Schließlich ist das besondere öffentliche Interesse gerade am vorliegenden Gerichtsverfahren hervorzuheben, welches an den Streitfragen deutlich wird. Wenn es in einem Rechtsstreit darum geht, die Reichweite des Grundsatzes der Öffentlichkeit zu klären, besteht selbstredend ein besonderes Interesse der Öffentlichkeit an der Erörterung ihrer Rechte vor Gericht.
10. Nach alledem ist eine Beeinträchtigung der Rechtspflege richtigerweise erst dann zu besorgen, wenn auf eine Prozesspartei "unzulässiger" Druck im Hinblick auf ihr Verhalten vor Gericht ausgeübt wird, etwa im Wege einer Nötigung. Derartiges liegt im vorliegenden Fall offenkundig fern.

Weitere Artikel zum Thema

1. EU-Kommission mauert bei Klage wegen Normalsdatenspeicherung

2. Klage gegen EU-Kommission im Amtsblatt veröffentlicht
3. Erfolg: Schleswig-Holstein gegen Vorratsdatenspeicherung und für mehr Mitbestimmung
4. EU-Gericht fordert Stellungnahme zu Klage wegen Vorratsdatenspeicherung (erzählt am 19.05.2012)
5. Vorratsdatenspeicherung: Parag verklagt EU-Kommission

Kategorisiert in: Allgemein

Schlagwörter: yes

54 Kommentare

54 Antworten

Sie können der Diskussion zu diesem Beitrag über den RSS 2.0 Feed folgen.

Sie können zu diesem Artikel einen Kommentar schreiben oder einen Trackback von Ihrer eigenen Seite setzen.

1. Anonymous sagt:

12. Oktober 2012 um 18:13:

Es sind mittlerweile 30 Städte: http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Aktionstag_2012/0#teilige-St%C3%A4dte

Antworten

2. Anonymous sagt:

12. Oktober 2012 um 21:34

Sicher ist sicher =>

<http://ul.to/hazur4wa>

<http://ul.to/ul6x800l>

Antworten

3. Gottfried Feder sagt:

13. Oktober 2012 um 10:12

Warum ist der Verbrecher, der diesen Brief unterschrieben hat, unkenntlich gemacht? Wir wollen wissen, mit wem wir es zu tun haben! Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten.

Die EU ist von Vornherein ein deutschfeindlicher Verein, außerdem ist sie Feind jedes Volkes, das sie erobert hat. Wir sollten nicht abwarten, bis sie unser Freund wird. Das wird nie geschehen. Die richtige Lösung von diesem Problem, die sollen wir vergessen, denn die richtige Lösung von diesem Problem ist für Dinge nicht angenehm.

„Dieses ganze Projekt Europäische Einheit ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei darum, Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für Andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn irgendjemand erlaubt – wenn Sie glauben –, daß das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt.“ – Günter Verheugen am 9.12.2010 in der ZDF-Sendung Maybrit Illner

Antworten

o Anonymous sagt:

14. Oktober 2012 um 13:16

„Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten.“

Schlechtes Argument, könnte man auch genauso gut für die Vorratsdatenspeicherung und Rasterfahndung und was weiß ich noch verwenden

Antworten

o Anonymous sagt:

14. Oktober 2012 um 22:43

Guten Morgen, Anon. Genau daher kommt's doch.

Antworten

o Elohim Sarazenits von Rothschild sagt:

14. Oktober 2012 um 14:11

Da schau mal da was zu verwechseln – die EU ist in jedem Falle ein sehr wichtiges und friedensstiftendes Projekt – wir müssen nur dafür sorgen, dass die EU-Institutionen auch tatsächlich den Interessen der Bürger dienen und nicht von den okratiefeindlichen Lobbyisten und Finanz-Läusen zum Machterhalt missbraucht werden.

Zugeben, die letzten 40 Jahre konnten diese Leute recht erfolgreich grosse Teile der EU-Institutionen

unterwandern – aber dagegen kann man nicht mit Nationalgesetze mit Stammschirren vorgehen, stattdessen muss systematisches politisches Engagement zur Normalität werden – Patrick zeigt, wie es geht – und wie handelst Du Deutschland fassen am Rückspiegel und denk – umherende Nationalen Millionen bringen uns genau null Millimeter weiter – die europäischen Völker zu ehren und von ihren Unterdrückern zu befreien bedarf intelligenterer Methoden.
Dank an die Piraten und bitte niemals aufgeben!!!

Antworten

1. Anonymous sagt:

17. Oktober 2012 um 11:59

die eu ist friedenssichernd? dafür vöge sie denn kriege eben an die peripherie – rötischdelien verstehtst du das unter friedenssichernd? – man man

Antworten

2. kraier sagt:

14. Oktober 2012 um 16:24

die rolle werden immer mieser... komm hier fein, hasle deinen fisch

Antworten

3. Anonymous sagt:

15. Oktober 2012 um 10:59

Go, get the fish. OTTO

Antworten

4. Salbot sagt:

14. Oktober 2012 um 03:15

Danke dafür, dass Du der Kommission mal den Stinkefinger zeigst und zu deinen Grundrechten stehst. Viele andere Leute, meiner selbst eingeschlossen, haben für so was leider nicht die nötige Zivilcourage. Weiter so!

Antworten

5. sie es! sagt:

14. Oktober 2012 um 03:35

Ich bin als Bürger der EU mit dem Verhalten der Kommission hier überhaupt nicht einverstanden, ich bin entsetzt, und denke, das sehen auch viele andere so. Breyers Erwiderung findet meine volle Unterstützung und ich schließe mich dem Gesagten an. Wer Transparenz und das Licht der Öffentlichkeit scheut, soll in einer Demokratie nicht in die Politik gehen. Aber die Heimbildtueren hat wohl ihre Gründe

Antworten

6. Paul sagt:

14. Oktober 2012 um 04:12

You sir, you're a hero. Dankel

Antworten

7. Fritzl sagt:

14. Oktober 2012 um 07:25

Die EU-Kommission ist ein Schaden an der Demokratie und gehört abgeschafft

Antworten

8. OLCR sagt:

14. Oktober 2012 um 07:58

Auf diese Art für unsere Grundrechte eintreten – aus dem System und mit den Mitteln des Systems – erscheint mir ein gut gangbarer Weg. Weiter so, Patrick.

Antworten

9. Anonymous sagt:

14. Oktober 2012 um 09:32

Die erhebliche kriminelle Energie der Kommission ist durch ihr Schreiben offenkundig. An einer Strafsache gegen die versuchte Rechtsbeugung und Erpressung sollte kein Weg vorbeigehen

Antworten

gty sagt:

14. Oktober 2012 um 09:35

Hier fehlt Natir!

Antworten

o Ritschl sagt:

14. Oktober 2012 um 10:10

Ist glaub, es hat schon seinen Grund, dass hier kein (natir button) ist. Sonst könnte es als Geldmacherei interpretiert werden (auch wenn's nur 10 Euro oder so wären).

Antworten

o Anonymous sagt:

14. Oktober 2012 um 14:00

Schlechtes Argument.

Der Brief, die Portogebühr, der Beamtenlohn der Verfasserin des Briefes und die Geldhaltungsmethoden der EU-Kommission werden ohnehin von uns allen bezahlt. Warum sollte man nicht freiwillig diejenigen finanzieren unterstützen, die für die Transparenz dieser Institution eintreten?

Es wäre jedenfalls eine sinnvolle Methode um herauszufinden wofür unsere Gelder verwendet werden.

Antworten

o Patrick Breyer sagt:

16. Oktober 2012 um 11:55

Hallo gty,

es freut mich, dass du uns unterstützen möchtest. Als Piratenabgeordneter nehme ich kein Geld von Dritten an, außerdem speichert Natir vermutlich jeden Besuch der Website auf Vorrat, während ich euch bei Besuchen meiner Website Anonymität ermöglichen möchte.

Du kannst aber natürlich gerne die Piratenpartei durch eine Spende unterstützen.

Antworten

11. Anonymous sagt:

14. Oktober 2012 um 10:02

11 mit Sternchen Danke

Antworten

12. Runkikal sagt:

14. Oktober 2012 um 10:37

Vielen Dank! Es sind Menschen wie Sie, die mit ihren Taten Mut machen und nebenbei auch noch ein positives Bild Ihrer Partei zeichnen.

Antworten

13. Marc sagt:

14. Oktober 2012 um 10:39

Super Patrick, du bist echt ein Vorbild! Danke für die wichtige Arbeit!

Antworten

14. Anonymous sagt:

14. Oktober 2012 um 11:05

Besten Dank!

Antworten

15. Pita sagt:

14. Oktober 2012 um 11:06

Schönes Ding!

Wenn für das Verfahren finanzielle Unterstützung benötigt wird, bitte Bescheid geben.

Antworten

16. Hoff sagt:

14. Oktober 2012 um 11:09

Ich bin sehr froh, das es noch Leute wie Sie gibt.
Danke

Meine Stimme gehört Ihnen und Ihrer Partei

Antworten

17. *hazir* sagt:

14. Oktober 2012 um 11:11

Danke, das Dich nicht unterkriegen von diesen kaputtbürokratischen Superfamiern!

Wie sollen die was bestimmen wenn sie nicht verstanden haben, dass aus ich Internet nichts gelöscht werden kann!

EU-Kommission:

Y U NO learning??

Antworten

18. *Anonymous* sagt:

14. Oktober 2012 um 11:12

danke für Ihre gute Arbeit!

Antworten

19. *Anonymous* sagt:

14. Oktober 2012 um 11:38

Daran sollten sich die übrigen Piraten, insbesondere die Berliner und die Bundespartei, ein Beispiel nehmen! Aber die sind lieber mit sich selbst beschäftigt, als mit der aktuellen Politik (z.B. beim aktuellen Thema "Nebeneinkünfte").

Viel Erfolg!

Antworten

20. *Grundrechtler* sagt:

14. Oktober 2012 um 11:51

Sind Art. 11 und Art. 42 der Grundrechtecharta nicht einschlägig?

Antworten

21. *hussibah* sagt:

14. Oktober 2012 um 12:11

Eine richtige Entscheidung: Gerade dieser Versuch, eine Geheimjustiz zu etablieren, muss öffentlich gemacht werden. Aber lässt doch bitte den Nazikommentar von "Gottfried Feder". Solche Brenne braucht niemand, und man sollte ihnen auch keine Plattform bieten.

Antworten

22. *alex* sagt:

14. Oktober 2012 um 12:17

Transparenz gibt es nur in Diktaturen! (Peer Steinbrück)

Antworten

23. *Anonymous* sagt:

14. Oktober 2012 um 12:37

Weiter so!

Nicht unterkriegen lassen!

Antworten

24. *Dominic* sagt:

14. Oktober 2012 um 13:01

Vielen Dank auch meinerseits für Ihr vieljähriges Engagement

Ich wünsche Ihnen viel Kraft und Erfolg auf allen Ebenen, wo Sie dies zur Entfaltung bringen.

Antworten25. *teiler sagt:*

14. Oktober 2012 um 13:06

You Sir are a gentle and a scholar! And a hero, too!

Antworten26. *teiler sagt:*

14. Oktober 2012 um 13:06

gentleman

Antworten27. *wennScheissOst sagt:*

14. Oktober 2012 um 13:56

Die Piraten haben in den letzten Monaten (leider!) sehr viel "Porzellan" zerschlagen ... - vom Hoffnungsstrahlen zum

Aber unabhängig davon:

Vielen Dank und Alles Gute bei dem ungleichen Kampf auf des Gegners (Schlachtfeld

Chapeau!

Antworten28. *Anonymous sagt:*

14. Oktober 2012 um 14:19

Gute Arbeit! Respekt.

Antworten29. *Anonymous sagt:*

14. Oktober 2012 um 14:30

You sir, you're a hero. Danke!

Antworten30. *Klohim Sarazeniba van Rathschildt sagt:*

14. Oktober 2012 um 14:47

Ich möchte noch anregen, ein HOWTO aus diesem Vorgang zu generieren, damit mehr Leute wissen, wie sie die EU-Kommission verklagen können. Wichtig wäre hier auch auf finanzielle Aspekte zu verweisen, inwiefern z.B. Rechtshilfe oder Versicherungen in solchen Verfahren nutzbar sind!

Was hier stattfindet ist ein beispielhafter Vorgang und ist in seiner Bedeutung kaum zu überschätzen! Juristen, auch Richter, sind gezwungen, ihre Legitimität durch Rechtsstreit alltaglich unter Beweis zu stellen – sobald die Situation umkippt und sich Richter als korrupt, Regierungs- oder Konzernhörn und rechtsverbiegend erweisen, besteht keine Veranlassung mehr, von "Rechtsstaatlichkeit" auszugehen. Richter machen sich dann offen zu Kollaborateuren eines Mafia-Staates – was nach dem Machtwechsel (der IMMER kommt, früher oder später) zu unangenehmen Einzelverfahren gegen diese Kollaborateure führen wird – siehe Nürnberger Prozesse als Extremfall, aber auch viele kleinere Anti-Korruptions-Verfahren, die es ja zahlreich gibt!

Zum Glück ist nicht überall in der EU die Rechtsprechung von Korruption durchdrungen – daher ist es richtig und wichtig, auf juristischer Ebene mit voller Kraft vorzusitzeln und die demokratische Legitimation des Verwaltungs- und Rechtssystems in zahlreichen Verfahren zu prüfen, gerade auch um demokratisch orientierte Richter und Juristen zu unterstützen und ihnen beim "Reinhalten bzw. Aufräumen ihres Stalles" zu helfen. Staatsanwälte und Ermittler z.B. in Anti-Korruptions-Verfahren bekommen erheblichen Druck zu spüren und sind auf die Unterstützung und den Schutz durch die Öffentlichkeit angewiesen!

Und noch wichtiger ist es, diese Verfahren öffentlich zu dokumentieren, insbesondere die NAMEN aller Beteiligten akribisch festzuhalten und systematisch zu beobachten, in welche Ämter und Positionen sich die Kollaborateure entwickeln, damit die Bürger auch Jahrzehnte später noch die "faulen Eier" identifizieren können – im Sinne einer zukünftigen Abwicklung der momentanen vorherrschenden anti-demokratischen Initiativen innerhalb der EU-Institutionen wird für die dann stattfindenden Prozesse eine detaillierte Dokumentation sehr sachdienlich sein.

Also klagt gegen die EU-Kommission und gegen korrupte Beamte, wo es nur geht – UND SCHREIBT DARÜBER!

Es ist übrigens positiv zu beurteilen, dass diese Geheimhaltungsversuche überhaupt stattfinden – es zeugt davon, dass

die Akteure sich ihrer illegalen Handlungsweisen bewusst sind und die Tatsache, dass sie sich bereits grosse Mühen geben beim Spüren. Verwischen ist ein klarer Hinweis darauf, dass sie selber von einem baldigen Machtverlust ausgehen, zumindest noch zu ihren Lebzeiten. Die Aristokraten innerhalb der EU sind nicht "Unouchakes" - es ist nur ein täuschender Schleier der Lüge und der Illusion, der sie schützt, und dieser Schleier wird immer dünner, es ist also wichtig schon jetzt zu planen, wie wir mit diesen Leuten zukünftig umgehen werden.

Antworten

31. *Anonymous* sagt:

14. Oktober 2012 um 16:45

Danke!

Antworten

32. *Ellen* sagt:

14. Oktober 2012 um 21:11

Lieber Herr Breyer,

herzlichen Dank für Ihre Arbeit zu Gunsten unserer Grundrechte. Würde die gesamte Piratenpartei auf Ihrem Niveau agieren, die Piraten wären ein wirklich schlagkräftiger Verteidiger unserer Grundrechte.

Antworten

33. *tor* sagt:

14. Oktober 2012 um 21:40

Sicherheitshalber ein weiteres Backup der Dokumente via TOR im Onion Netzwerk unter <http://tub5ido-pihphut.onion> abgelegt.

Für nicht Tor-Nutzer können diese über den Dienst tor2web.org abgerufen werden. ACHTUNG: Bitte die Warnung zum Thema Sicherheit lesen, und noch einmal darüber nachdenken.

Die Dokumente können im Internet über einen geeigneten Tor-Proxy oder via Tails (<https://tails.boum.org/>) abgerufen werden.

Antworten

34. *Anrid* sagt:

14. Oktober 2012 um 22:42

"The Nobel Peace Prize for 2012

The Norwegian Nobel Committee has decided that the Nobel Peace Prize for 2012 is to be awarded to the European Union (EU). The union and its forerunners have for over six decades contributed to the advancement of peace and reconciliation, democracy and human rights in Europe."

(http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2012/press.html)

Ist das Absicht oder Zufall, dass selbst das Nobelpreis-Komitee die Menschenrechte bei der EU-Kommission an letzter Stelle sieht?

Antworten

o *Mecki* sagt:

15. Oktober 2012 um 14:54

An den Menschenrechten der EU gibt es prinzipiell gar nichts zu bemängeln. Ich mag ihre Formulierung und sie umfassen auch alle wirklich wichtigen Grundrechte (andere Grundrechte ließen sich problemlos ggf. von den vorhandenen ableiten, so wie es auch in Dtl. in der Vergangenheit schon gesehen ist). D.h. theoretisch ist eigentlich alles im Lot. Es hapert lediglich hier und dort noch an der Umsetzung dieser Rechte. Papier ist geduldig und es ist nicht damit getan einfach nur Rechte aufzuschreiben, man muss sie auch umsetzen und man muss auch in der Praxis gegen eine Verletzung dieser Rechte vorgehen können. Gerade letzteres ist ein massives Problem.

Bei Verletzungen der "Europäischen Menschenrechtskonvention" muss der "Europäische Gerichtshof für Menschenrechte" (EGMR) entscheiden und vor diesen darf jeder EU-Bürger jederzeit ziehen, wenn er seine Rechte verletzt sieht. Leider ist die Menschenrechtskonvention aber wirklich nur die absolute Basis der Grundrechte. "Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union" hingegen enthält deutlich mehr und deutlich detailliertere Rechte, sie entspricht viel mehr dem, was Menschen von einer Grundrechtscharta erwarten. Bei Verletzungen dieser Charta ist aber der "Europäische Gerichtshof" (EuGH) zuständig und hier ist das Problem: Privatpersonen können nicht vor den EuGH ziehen, das ist nicht vorgesehen. Außerdem findet diese Charta bei nationalen belangen keine Anwendung, sie ist nur relevant, wenn es um EU-Richtlinien, EU-

Verordnungen, EU Verträge, sowie die Handlungsweise der EU selbst geht. Ich sehe ich ein massives Defizit beim Thema "Grundrechte in der EU".

Ich denke mal, Nobelpreiskomitee hat hier die Grundidee an sich gewürdigt, aber bis die EU wirklich dort angekommen ist, wo sie eigentlich stehen müsste, muss noch einiges passieren. Das trifft auch auf den Demokratiaspekt zu. Niemand möchte abstreiten, dass die EU prinzipiell auf den Säulen der Demokratie ruht, jedoch bringt sie dort oben jeder ziemlich weit weg von jeglicher demokratischer Basis und somit ist es nicht weiter verwunderlich, dass immer mal wieder irgendwo ein demokratisches Vakuum entsteht. Um so wichtiger ist es, dass Transparenz herrscht, damit wir sehen können, wo die wirklichen Defizite liegen, denn die Lösung kann nicht heißen, die EU zu zerschlagen oder ganz abzuschaffen, die Lösung muss sein, die EU solange zu reformieren, bis sie allen Anforderungen einer demokratischen Regierung zu jedem Zeitpunkt gerecht wird.

Antworten

35. Anonymous sagt:

14. Oktober 2012 um 23:11

Ich weiß nicht was mir mehr Angst macht, die Art, in der zentrale Institutionen wichtige Informationen vor dem Volk verschleiern, und somit die Kontrolle durch das Volk quasi unmöglich machen, oder die Tatsache dass ich 10 Minuten überlege, ob ich meinen echten Namen in dieses Feld eintrage und riskiere das ich mit einer "illegalen" Aktion in Verbindung gebracht werde – und mich teige für die einfache Lösung entschieden habe. Bitte kämpfen Sie weiter für unsere Rechte Herr Breyer!

Antworten

36. Axel Harmis sagt:

15. Oktober 2012 um 17:42

Tipp Tipp!

Ist der EU-Kommission ihre eigene Position so peinlich, dass sie Angst vor Veröffentlichung hat? Unglaublich!

Antworten

37. H. M. Schreiber sagt:

15. Oktober 2012 um 18:03

Einfach nur DANKE!!

Antworten

38. Thomasitis sagt:

15. Oktober 2012 um 18:52

@Breyer: Wow ich bin begeistert über dein Engagement.

Es braucht immer den Kampf eines Mutigen, damit Recht und Gerechtigkeit geschaffen wird!
Viel Erfolg und danke für deinen Einsatz.

Antworten

39. CB sagt:

16. Oktober 2012 um 07:11

Bist ich hier bei den Piraten? Schön, dass es euch noch gibt!

Das mag sich zynisch anhören, aber wenn die einzige politische Gruppierung, die man guten Gewissens wählen könnte, schon seit Monaten aus der öffentlichen Berichterstattung nahezu völlig verschwunden ist, ist Sarkasmus wohl eine verständliche Kritik.

Auch ich schätze selbstredend das persönliche Engagement von PB und vermutlich vieler anderer Pirates – aber könntet ihr bitte so freundlich sein, die breite Öffentlichkeit an solchen Aktionen teilhaben zu lassen?!

Da ist so viel seltene Offenheit für Veränderung in der schwabbelig-trägen Masse namens "Gesellschaft" – und ihr arbeitet im Underground vor euch hin, statt mit all diesen Projekten und Forderungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Übrigens rede ich nicht von einer Semi-Öffentlichkeit à la Twitter & Co., die ihr mindestens 2 (Wähler-)Generationen keinerlei Bedeutung hat.

In diesem Sinne: bindet bitte auch die Dodelmedien stärker in eure Aktivitäten ein, sonst seid ihr in einem Jahr zu den BTW bestenfalls eine Randerscheinung, und keine wählbare Volkspartei.

Antworten

o Patrick Breyer sagt:

16. Oktober 2012 um 11:48

Hallo CB,

danke für deine Anregung bezüglich unserer Pressarbeit. Wir gehen durchaus Pressemitteilungen zu unseren Aktivitäten heraus (zu diesem Sachverhalt siehe hier). Leider werden sie von den Medien aber nur ausnahmsweise aufgegriffen. Viel lieber berichten sie über Personen und Querelen. Deswegen muss ich dazu raten, sich direkt bei uns zu informieren, zB durch unsere Newsletter.

Antworten

* Henrike sagt:

17. Oktober 2012 um 12:27

Hallo Herr Breyer,

es ist leider so, dass Sie nur Ihren Schwerpunktheiten Bürgerrechte, Datenschutz und Überwachung innerhalb der Piratenpartei eine Ausnahmestellung einnehmen. Ihre Fachkenntnisse als Jurist und ihr jahrelanges Engagement beim AK Vorrat sind unübertreffbar.

Würde die Piratenpartei als ganzes in ihren Kompetenzen solche Schlagkraft besitzen, wie Sie es Herr Breyer zeigen, die Piratenpartei würde den Überwachern das Pflichten lehren.

Leider wirken die Piraten insgesamt wie ein Haufen Amateure. In den letzten Monaten gab es so viele Steilvorlagen (Meldegesetz, Staatsrotzinner, NSU, Geheimdienst-Komplex, Funkzellenabfragen, Datenskandale, Videoüberwachung von Demos, Selfies-Facebook-Verknüpfung u.a.). Bei keinem dieser Themen waren die Piraten als Ankläger im Fokus der Öffentlichkeit.

Antworten

40. dth sagt:

16. Oktober 2012 um 09:38

danke.

Dieser Haufen abgehalfterter Lehrer und sonstigen gesow gekollt abgeschafft.

nicht das ich europalindlich bin, aber die tatsache, das sie auf die elementarsten fragen keine antworten haben und sich lieber an klein klein von verordnungen ergötzen, als visionen zu erzeugen und menschen für neue visionen zu begeistern, dokumentiert für mich den grad des überflüssigseins.

Bitte mach du damit weiter!

Antworten

41. Elter der Burokraten sagt:

16. Oktober 2012 um 12:03

Sehr geehrter Herr Breyer, ich bin selber ein Mitarbeiter der Europäischen Kommission und begrüße Ihre Aktion. Zum Einen werden wir dadurch eine Klärung der Rechtsfrage erhalten, von der ich persönlich hoffe, dass sie in Ihrem Sinn entschieden wird, und zum Anderen lenken Sie das Interesse auf den BuGH, der viel in der Europäischen Einigungsgeschichte bewirkt hat.

Zu den vielen europakritischen Kommentaren muss ich kaum etwas sagen, außer dass ich keine Intuition und insbesondere keine Regierung kenne, die tatsächlich Bürgerinteressen so sehr in den Fokus ihrer Arbeit setzt. Aber wie überall gibt es verschiedene Ansichten, was richtig und was falsch ist und genau dies macht eine Demokratie aus. Guten Mut!

Antworten

42. Anonymous sagt:

16. Oktober 2012 um 15:31

Danke für Ihr Engagement!

Antworten

Hinterlassen Sie eine Antwort

Name (freiwillig)

Spamschutz-Wort (erforderlich):

Bitte geben Sie das Wort ein, das Sie in den Kapiteln unten lesen, um Ihre Kommentierung abschicken zu können. Klicken Sie auf das Bild, um das Wort anzuhören.

Freiheit

Antwort senden

[Startseite](#) | [Zum Seitenanfang](#) | [Kontakt](#)